

3. Sachsen als Untersuchungsregion

Da wir uns in unserer Studie auf Sachsen konzentrieren, skizzieren wir nachfolgend die wichtigsten geschichtlichen, politischen, sozialen und kulturellen Hintergründe und Rahmenbedingungen, die für das Vertrauensproblem in diesem Bundesland relevant sein könnten. Dabei nehmen wir insbesondere die aktuelle Situation sowie die vorausgehenden Entwicklungen und die Transformationen seit der Friedlichen Revolution 1989 in den Fokus.

Im Jahr 2023 lebten 4,09 Millionen Menschen im Freistaat (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2023b). Er ist in zehn Landkreise und drei kreisfreie Städte untergliedert, wobei die drei kreisfreien Städte – Leipzig, die Landeshauptstadt Dresden und Chemnitz – gemessen an der Einwohnerzahl nach Berlin die größten Städte Ostdeutschlands darstellen.

3.1 Politische Entwicklung

Zum Sinnbild der Friedlichen Revolution wurde vor allem Leipzig (vgl. Jesse et al. 2014: 38–39). Am 4. September 1989 war es hier erstmals nach einem Friedensgebet zu einer größeren (Montags-)Demonstration von etwa 1.000 Personen gekommen. In der Folge stieg die Zahl der Teilnehmer kontinuierlich an, von 5.000 am 25. September auf 20.000 am 2. Oktober (vgl. ebd.: 38). Nachdem bereits am 7. Oktober 1989 in allen größeren Städten Sachsens Demonstrationen stattgefunden hatten, stellten sich am 9. Oktober 1989 in Leipzig 70.000 Demonstrantinnen und Demonstranten mit dem Ruf »Wir sind das Volk« den bewaffneten Sicherheitskräften entgegen (vgl. Rellecke 2002: 238). Wegen des Machtvakuum und weil Polizei und Armee nicht eingriffen, gelten die Ereignisse als »Tag der Entscheidung« (Kowalczyk 2009: 401) in der Geschichte der Friedlichen Revolution. Am 16. Oktober demons-

trierten in Leipzig rund 120.000 Menschen, am 23. Oktober etwa 200.000, am 30. Oktober 300.000, am 6. November sogar 350.000 bis 400.000 (vgl. Jesse et al. 2014: 38). Die Demonstrationen griffen auf die gesamte DDR über.

Sächsisches Sonderbewusstsein, der »Ethnozentrismus« (Vorländer in Bender 2016) sind tief in der Geschichte verankert. Auch wenn das Land Sachsen schon länger nicht mehr existierte, so fühlten sich viele Menschen aufgrund der Tradition, die Identität geschaffen hatte, auch in der DDR ungebrochen als Sachsen. Man besann sich auf den Erfindergeist der Ingenieure und die Errungenschaften von Kunst, Kultur, Musik und Wissenschaft und konnte sich so von der Hauptstadt, der DDR und dem System distanzieren. Nach 1989 konnte hier nahtlos angeknüpft werden, und bereits ab Anfang November 1989 war auch die Wiedererrichtung des Landes Sachsens ein Anliegen der Demonstrierenden. Weiß-grüne Flaggen wurden zum sichtbaren Ausdruck des Wunsches nach sächsischer Landesstaatlichkeit und eigener Identität (vgl. Gross 2001: 308).

Die Monate von November 1989 bis Oktober 1990 wurden zu einem in der sächsischen Geschichte bedeutsamen Zeitraum, in dem diktatorische Strukturen demokratischen Grundüberzeugungen gegenüberstanden. Anstelle von Vorsitzenden der Räte der Bezirke für Dresden, Karl-Marx-Stadt (ab 1990 wieder Chemnitz) und Leipzig wurden Regierungsbevollmächtigte eingesetzt, und das Ländereinführungsgesetz peilte die Länderbildung für den Zeitpunkt des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik an.

Am 3. Oktober 1990 schließlich wurde das Land Sachsen, das sich in Anknüpfung an seine demokratischen Traditionen wieder den Namen »Freistaat Sachsen« gab (vgl. ebd.: 308), mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach 48 Jahren Unterbrechung auf der Albrechtsburg in Meißen wieder ins Leben gerufen (vgl. Rellecke 2002: 239). In der Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag betonte der frisch gekürte CDU-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf am 8. November 1990 das sächsische Selbstwertgefühl: »Sachsen ist ein Stück Deutschlands. Dies hat nicht nur Bedeutung für Sachsen, sondern auch für Deutschland. Die neue Bundesrepublik ist schon deshalb ein verändertes Land, weil Sachsen zu ihr gehört« (Sächsische Staatskanzlei 1991: 35). Das neue sächsische Territorium bestand im Wesentlichen aus dem Gebiet der drei ehemaligen DDR-Bezirke

Chemnitz, Dresden und Leipzig.⁵ Beim politisch-administrativen und wirtschaftlichen Aufbau halfen vor allem die Partnerländer Baden-Württemberg und Bayern (vgl. D. Hoffmann 2021: 257-264).

Verfassungsrechtlich trat der sächsische Staat mit den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 wieder in das politische Leben ein. Nach den ersten freien und geheimen Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990, bei denen die CDU in den drei sächsischen Bezirken mit 43,4 Prozent der abgegebenen Stimmen bereits stärkste Kraft geworden war, und den Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990, wo sie mit 41,2 Prozent gewann, errang die Partei auch bei der Landtagswahl mit 53,8 Prozent einen überwältigenden Sieg und regierte bis 2004 allein mit absoluter Mehrheit (vgl. Thumfart 1999: 227-231). Seit Wiedergründung Sachsens wird das Land als einziges deutsches Bundesland durchgängig von CDU-Ministerpräsidenten regiert (Kurt Biedenkopf 1990-2002, Georg Milbradt 2002-2008, Stanislaw Tillich 2008-2017 und seit 2017 Michael Kretschmer). Allerdings zeigen die Wahlergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen von 1990 bis 2024 deutliche Veränderungen in der politischen Landschaft des Freistaats auf, zulasten der CDU, der SPD und der Linken, zunächst zugunsten der NPD, dann der AfD⁶ und zuletzt des BSW⁷. Über die Jahre zeigt sich ein deutlicher Rechtsruck (siehe Tab. 1 und Abb. 2).

5 Die DDR-Kreise Altenburg und Schmölln (ehemals Bezirk Karl-Marx-Stadt) wurden Teil des Freistaats Thüringen, zugleich wurden die Kreise Hoyerswerda und Weißwasser (ehemals Bezirk Cottbus) Teil Sachsens. Zudem wurden mehrere Gemeinden im thüringisch-sächsischen Grenzgebiet, die zunächst Thüringen zugeordnet waren, zwischen 1992 und 1994 nach Sachsen eingegliedert (vgl. Richter 2002).

6 Der 2013 gegründete Landesverband der AfD trat erstmals zur Landtagswahl 2014 an. Das Landesamt für Verfassungsschutz in Sachsen stuft den Landesverband im Januar 2021 als »rechtsextremen Verdachtsfall« und im Dezember 2023 als »gesichert rechtsextremistische Bestrebung« ein (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 3).

7 Das BSW wurde im Januar 2024 gegründet, der Landesverband Sachsen im Februar 2024.

Tab. 1: Landtagswahlen in Sachsen 1990-2024

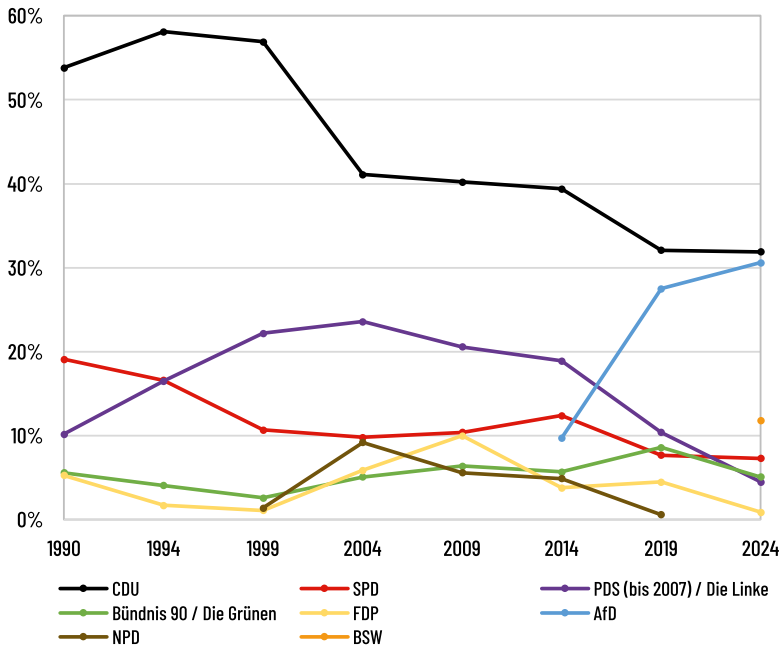
	CDU	SPD	Die Linke	B'90/Grüne	FDP	NPD	AfD	BSW
1990	53,8	19,1	10,2	5,6	5,3	-	-	-
1994	58,1	16,6	16,5	4,1	1,7	-	-	-
1999	56,9	10,7	22,2	2,6	1,1	1,4	-	-
2004	41,1	9,8	23,6	5,1	5,9	9,2	-	-
2009	40,2	10,4	20,6	6,4	10,0	5,6	-	-
2014	39,4	12,4	18,9	5,7	3,8	4,9	9,7	-
2019	32,1	7,7	10,4	8,6	4,5	0,6	27,5	-
2024	31,9	7,3	4,5	5,1	0,9	-	30,6	11,8

Listenstimmen (Zweitstimmen) in Prozent (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2024a und Jesse et al. 2014: 143), Wahlergebnisse für Die Linke bis 2007 unter dem Namen PDS

Die sächsischen Ergebnisse von Bundestagswahlen zeigen ähnliche Tendenzen in den Veränderungen des politischen Klimas. Bei der Bundestagswahl 1990 dominierte in Sachsen die CDU mit 49,5 Prozent mit deutlichem Vorsprung. Die Partei profitierte von der Euphorie des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik und setzte sich klar gegen die SPD (18,2 Prozent) durch. Die SED-Nachfolgepartei PDS konnte mit 9,0 Prozent ebenfalls ein gutes Ergebnis erzielen, lag allerdings damals noch hinter der FDP (12,4 Prozent). Erst 1998 festigte die PDS mit 20,0 Prozent ihre Rolle als starke Kraft in Sachsen, was damals ein Misstrauen vieler Ostdeutscher gegenüber den etablierten bundesdeutschen Parteien zum Ausdruck brachte. In den beiden folgenden Bundestagswahlen konnte die Partei ihr Ergebnis noch verbessern und überholte 2009 mit 24,5 Prozent die SPD deutlich (14,6 Prozent). 2009 schnitten auch die FDP mit 13,3 Prozent und die Grünen mit 6,7 Prozent überraschend stark ab.

Die rechtsextreme NPD erzielte 2005 (4,8 Prozent) und 2009 (4,1 Prozent) denkwürdige Ergebnisse, bis die AfD 2013 erstmals zu einer Bundestagswahl antrat und bereits in der darauffolgenden Wahl 2017 in Sachsen gleich über ein Viertel aller abgegebenen Stimmen (27,0 Prozent) gewinnen konnte. Dies markierte den Beginn eines bis heute anhaltenden Trends.

Abb. 2: Landtagswahlen in Sachsen 1990-2024



Listenstimmen (Zweitstimmen) in Prozent, eigene Darstellung nach Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2024a und Jesse et al. 2014: 143

Die CDU verlor über die Jahre immer mehr an Zustimmung, ebenso die SPD, die 2017 mit 10,5 Prozent ein historisch niedriges Ergebnis erzielte und hinter der AfD (27,0 Prozent), der CDU (26,9 Prozent) und der Partei Die Linke (16,1 Prozent) nur noch Rang vier erreichen konnte. Bei der Bundestagswahl 2021 wurde die AfD mit 24,6 Prozent schließlich zur stärksten Partei in Sachsen und erlangte eines ihrer besten Ergebnisse bundesweit. Offenbar profitierte sie von verbreiteter Unzufriedenheit mit der Asyl- und Migrationspolitik und festigte ihren Status als Protestpartei, wohingegen die CDU einen dramatischen Verlust an Stimmen erlebte (17,2 Prozent). Auch hier zeigt sich also eine deutliche Rechtsverschiebung (siehe Tab. 2 und Abb. 3)

Tab. 2: Bundestagswahlen in Sachsen 1990-2021

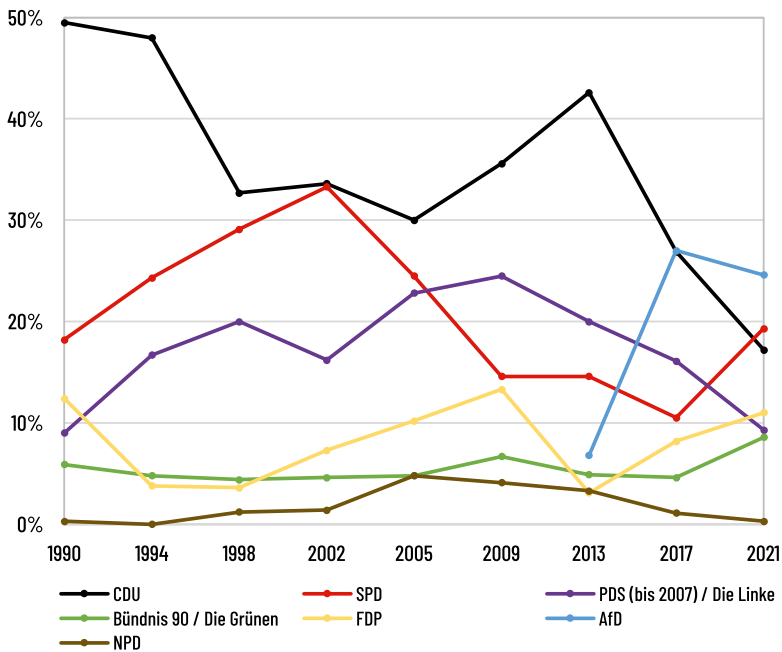
	CDU	SPD	Die Linke	B'90/ Grüne	FDP	NPD	AfD
1990	49,5	18,2	9,0	5,9	12,4	0,3	-
1994	48,0	24,3	16,7	4,8	3,8	-	-
1998	32,7	29,1	20,0	4,4	3,6	1,2	-
2002	33,6	33,3	16,2	4,6	7,3	1,4	-
2005	30,0	24,5	22,8	4,8	10,2	4,8	-
2009	35,6	14,6	24,5	6,7	13,3	4,1	-
2013	42,6	14,6	20,0	4,9	3,1	3,3	6,8
2017	26,9	10,5	16,1	4,6	8,2	1,1	27,0
2021	17,2	19,3	9,3	8,6	11,0	0,3	24,6

Zweitstimmen in Prozent (vgl. Der Bundeswahlleiter 2022: 55-101), Wahlergebnisse für Die Linke bis 2007 unter dem Namen PDS

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus als Ausdruck rassistischer, nationalistischer, fremdenfeindlicher, antisemitischer und autoritärer Einstellungen (vgl. Jesse 2020: 1-2) ist in Sachsen kein neues Phänomen. Seit 1990 ist das Bundesland immer wieder in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gerückt und gilt »als das ›Paradeland‹ für eine Illustration der Ausbreitung oder des Wiederauflebens extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen« (Pickel & Decker 2016: 10). In kollektiver Erinnerung sind die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda 1991, die Aktionen der terroristischen Gruppierung »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU), dessen Mitglieder von 1998 bis 2011 in und von Sachsen aus agierten, die Erfolge der NPD bei den Landtagswahlen 2004 und 2009, die fremdenfeindlichen Ausschreitungen seit 2015 u. a. in Freital (vgl. Leber & Meisner 2017), Meißen (vgl. Sundermeyer 2017), Heidenau, Bautzen (vgl. Ginzel 2017), Einsiedel, Schneeberg und Chemnitz (vgl. Hach 2017) und nicht zuletzt die Formierung der islamfeindlichen und rechtspopulistischen Bewegung »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) ab 2014.

Abb. 3: Bundestagswahlen in Sachsen 1990-2021



Zweitstimmen in Prozent, eigene Darstellung nach Der Bundeswahlleiter 2022: 55-101

Dies alles bereitete auch den Boden für die AfD, die ab 2017 in Sachsen erstarkte, bei der Bundestagswahl 2021 hier 10 der 16 Direktmandate sowie das beste Zweitstimmenergebnis aller Parteien holte. Im Dezember 2023 stufte Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen den Landesverband der AfD als »gesichert rechtsextremistisch« ein (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 3). Nach Thüringen und Sachsen-Anhalt ist es der dritte AfD-Landesverband mit einer solchen Bewertung. Und während 2023 die AfD in Thüringen erstmals ein Landratsamt (Landkreis Sonneberg) und in Sachsen-Anhalt einen hauptamtlichen Bürgermeisterposten (Raguhn-Jeßnitz) errang, stellt sie in Sachsen seit 2023 ihren ersten Oberbürgermeister – in der rund 40.000 Einwohner zählenden Stadt Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge). Der Kandidat der AfD, der aber kein Parteimitglied ist, siegte im zweiten Wahlgang und erhielt 38,5 Prozent der Stimmen. In Großschirma

bei Freiberg (Landkreis Mittelsachsen) erhielt im März 2024 ein AfD-Kandidat im ersten Wahlgang mit fast 60 Prozent die meisten Stimmen. Aufgrund einer fehlenden Unterschrift wurde jedoch die Wahl für ungültig erklärt. Bei der Wiederholungswahl am 1. September 2024 trat er als einziger Kandidat wieder an und erreichte 82,1 Prozent der Stimmen (vgl. MDR Sachsen 3. März 2024, MDR Sachsen 2. Mai 2024, MDR Sachsen 3. Juli 2024, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2024b). Bei der Landtagswahl im September 2024 wurde die AfD mit 30,6 Prozent knapp zweitstärkste Kraft hinter der CDU (31,9 Prozent) und kommt auf 40 Sitze, die CDU auf 41 (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2024a).

All dies brachte Sachsen den Ruf einer Hochburg des Rechtsextremismus ein, wenngleich die AfD seit ihrer Gründung 2013 inzwischen in allen 16 deutschen Landtagen vertreten ist, nach aktuellen Umfragen fast aller Meinungsforschungsinstitute zweitstärkste Kraft im deutschen Bundestag wäre und sogar von 22 Prozent der 14- bis 29-Jährigen bei einer Bundestagswahl gewählt werden würde (vgl. Schnetzer et al. 2024). Sachsen befindet sich seit vielen Jahren auch in der Spitzengruppe der Bundesländer mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil rechter Gewalttaten (vgl. Yendell & Pickel 2020: 78). Das rechtsextremistische Personenpotenzial belief sich in Sachsen 2022 auf etwa 4.350 Personen (bundesweit: 38.800), als gewaltbereit werden davon ca. 1.500 (bundesweit 14.000) eingestuft (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2023: 26-27, die bundesweiten Zahlen: Bundesministerium des Innern und für Heimat 2023: 51).

In Anbetracht der Aktivitäten extremer Rechter und des Ausmaßes rechtsextremistischer Straftaten beschloss die Staatsregierung Sachsens ein jährliches Monitoring der politischen Einstellungen in der Bevölkerung. Das erste Mal wurde dieser »Sachsen-Monitor«⁸ im Jahr 2015 durchgeführt. Die Erhebungen zeigten, dass menschenfeindliche, also rassistische, homophobe oder antisemitische Einstellungen in Sachsen verhältnismäßig weit verbreitet sind. Weniger thematisiert wurden jedoch die historischen Wurzeln des schwierigen Erbes der deutschen Teilung und der einschneidenden Umbrüche in der Transformationszeit nach 1989, nachdem die anfängliche Euphorie sich in zunehmende Unzufriedenheit mit dem neuen politischen System umgekehrt hatte und Raum für die Entfaltung oder Reaktivierung radikalerer und extremistischer Positionen bot.

8 Bislang liegen fünf Veröffentlichungen aus den Jahren 2016, 2017, 2018, 2020/21 und 2023 vor.

Wurzeln rechter Gesinnung: eine Vorgeschichte

Die rechte Gewalt in Sachsen setzte nicht erst 1990 ein. Extremistische Haltungen waren auch in der DDR-Zeit durchaus vorhanden. Schon in der Frühphase des NS-Herrschaft waren die Verfolgungswellen gegen Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten sowie antisemitische Gewalt in Sachsen besonders heftig, und auf sächsischem Boden entstanden überproportional viele frühe Konzentrationslager (vgl. Lindemann & Schmeitzner 2019: 7-17, Brenner et al. 2018). Das nationalsozialistische Gedankengut verlor sich nach 1945 nicht einfach. Alte und neue Nazis waren seit Kriegsende sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der DDR anzutreffen (vgl. Wagner 2014, Wagner 2018, Waibel 2017).

Die ersten deutlichen ausländerfeindlichen Übergriffe sind für 1971 dokumentiert, und zwar auf in West-Berlin lebende Türken, die mit Tagesvisa nach Ost-Berlin einreisten. In den folgenden Jahren sah sich die DDR-Bevölkerung nicht nur mit den Angehörigen sowjetischer Truppen und deren Familien konfrontiert, sondern auch mit Arbeitern, Auszubildenden und Studierenden aus Polen, Mosambik, Angola, Algerien, Kuba, Vietnam, China und Laos sowie politischen Emigranten, zum Beispiel aus Chile. 1966 waren rund 3.500 Vertragsarbeitende in der DDR tätig, 1974 18.680 und 1989 bereits 94.000 (vgl. Pürckhauer & Lorenz 2019). Größere Teile der Bevölkerung zeigten sich deswegen zunehmend besorgt über den Anstieg des Anteils »Fremder« (vgl. Wagner 2011). Obwohl es sich im Vergleich zur Bundesrepublik um einen viel geringen Ausländeranteil handelte, verstärkten zwischenmenschliche, mentalitätsbedingte Probleme und vereinzelt Straffälle die Abneigungen gegen »Fremde«. Zu den Konflikten trug sicher auch der Umstand bei, dass die Arbeitsmigranten, bei denen es sich überwiegend um junge Männer handelte, in großen Gruppen, abgeschottet und auf engstem Raum untergebracht waren (vgl. Rabenschlag 2016).

In breiteren Teilen der Bevölkerung entwickelte sich ein deutschtümelndes Verteidigungsdenken. Auf sächsischem Gebiet zeigte sich dies insbesondere entlang der Grenze zu Polen und im Dreiländereck (Polen/ČSSR) an der wachsenden Feindlichkeit gegenüber polnischen Bürgerinnen und Bürgern. Das Gefühl der Abwertung hatte sich durch den Zentralismus und die Dominanz Ost-Berlins, die schlechte Versorgungslage, den sichtbaren Verfall in allen gesellschaftlichen und ökonomischen Bereichen und die mediale Abgeschnittenheit (der Empfang des »Westfernsehens« war in einigen sächsi-

schen Gebieten fast unmöglich) etabliert; man fühlte sich wirtschaftlich und kulturell abgehängt und war zugleich verwurzelt in konservativen Anschauungen und nationaler Gesinnung.

Zugleich war die DDR ein nationalistischer und geschlossener Staat, der trotz vielfacher internationalistischer Bekenntnisse den Wert der eigenen Bürger herausstellte. Diese Haltung fand ihren Ausdruck in einer Ausländerpolitik, die in Übereinstimmung mit der Bevölkerungsmeinung Fremde möglichst abschirmte statt integrierte. Vertragsarbeiter aus Vietnam, Afrika oder Kuba wurden isoliert, um Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung weitgehend zu vermeiden.

Übergriffe jeder Art und Schwere gegenüber Ausländern häuften sich in den 1980er Jahren (vgl. Wagner 1998: 6-7) und zeitgleich wurden auch vermehrt rechtsextremistische Zusammenschlüsse im öffentlichen Raum sichtbar. Das betraf zuerst Skinheads, Heavy Metals und rechtsradikale Hooligans der Fußballfanszenen. Der dem Innenministerium unterstellte Fußballclub »Dynamo Dresden« war früh ein Magnet rechtsradikaler Fans. Auch die Bezirksstadt Leipzig spielte mit ihrem rechtsradikalen Fußballmilieu eine wichtige Rolle für das Anwachsen der Bewegung (vgl. Wagner 2020: 33). Subkulturen wie Grufties, Heavy Metals, Punks und Skinheads schwappten seit Ende der 1970er Jahre auf die DDR über und waren Ausdruck eines Loyalitätsverfalls und einer zunehmend aggressiveren jugendlichen Opposition gegenüber dem Staatsapparat mit seiner sozialistisch-kollektivistischen Ideologie, während ein einsetzender Machtverlust der SED neue Freiräume entstehen ließ (vgl. ebd.: 30). Die aufkommenden rechtsextremistischen Parolen waren dabei vor allem ein gezielter Bruch mit der antifaschistischen Staatsdoktrin und nicht primär eine Identifikation mit dem Nationalsozialismus (vgl. DGB-Bundesvorstand 2000: 22). Feindselige Gewaltaktionen an Stadien, in Verkehrsmitteln und im öffentlichen Raum, in Gastronomie- und Freizeiteinrichtungen, auf Campingplätzen und Volksfesten waren an der Tagesordnung.

Bis etwa 1980 bestand die rechtsradikale Szene in der DDR nur aus losen Gruppen, die kaum untereinander vernetzt waren und nur spontan auftraten. In der Folgezeit entstand jedoch ein gut funktionierendes und ideologisch gefestigtes Netzwerk (vgl. Wagner 2021: 347-358). Rechtsradikale Gruppen gab es in allen Bezirkshauptstädten, in fast allen Kreisstädten und deren Umgebungen, doch mit den Bezirken Dresden und Leipzig war Sachsen ein Zentrum der Bewegung (vgl. Wagner 2014: 347-353). Die Bewegung agierte mal spontan und mal strategisch; die Gruppen traten an symbolträchtigen

Tagen wie dem Geburtstag Hitlers massiv in beschaulichen Ferienorten, auf Festen und Veranstaltungen auf.

Den gravierendsten Einschnitt stellte der Überfall auf das Punkrock-Konzert in der Zionskirche in Ost-Berlin 1987 dar, als eine große Ansammlung Skinheads aus Ost- und Westberlin in das Kirchenschiff eindrang und das Konzert der Bands »Element of Crime« (Bundesrepublik) und »Die Firma« (DDR) gewaltsam störte (vgl. Süß 2000: 17-20). Doch Politik und Justiz verdrängten das Problem.

Nach der deutsch-deutschen Vereinigung 1990 entstand aus diesen Wurzeln die erste fremdenfeindliche Gewaltwelle mit der Ermordung des Angolaners Amadeu Antonio Kiowa in Eberswalde (Brandenburg, 1990) und den Vorfällen in Rostock-Lichtenhagen (Mecklenburg-Vorpommern, 1992) und der sächsischen Kleinstadt Hoyerswerda (1991). In Hoyerswerda griffen bis zu 500 Personen über fünf Nächte hinweg ein Wohnheim von Geflüchteten und ein Wohnheim für ausländische Vertragsarbeiter mit Flaschengeschossen, Leuchtspurmuniten und Steinen an. Die Polizei erschien hilflos und unfähig, die Lage unter Kontrolle zu bekommen (vgl. Oelkers 2017, Backes & Kailitz 2020: 7).

Starke mediale Beachtung erfuhr 1991 auch der »Trauermarsch« von rund 1.500 Neonazis rund 14 Tage nach dem Tod des Anführers und Gründers des »Nationalen Widerstands Dresden«, Rainer Sonntag (vgl. Backes & Kailitz 2020: 7-8). Ab 1992 missbrauchten dann immer mehr Rechtsextremisten das jährliche Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar für einen Aufmarsch. Den Höhepunkt markierten die Versammlungen von jeweils rund 6.500 Rechtsextremisten zu »Trauermärschen« am 13. Februar 2005 und 2010 (vgl. ZDF heute 2017).

Rechtsextreme Szenen konnten sich auf dem Territorium der DDR mit seinen Erblasten und Transformationsproblemen – Zerfall des sozialistischen Staates, Anziehungskraft des Nationalismus, mangelnde Erfahrung mit anderen Kulturen, Neuaufbau des Rechtsstaates und der Marktwirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung von Arbeitskräften, Zerrüttung von Familien – vielerorts stark verankern (vgl. Backes 2019: 19-20 und 33). Wo eine selbstbewusste Zivilgesellschaft wichtig gewesen wäre, gab es nach 1990 weitestgehend nur Brachland. Es ist insofern wenig überraschend, dass nach dem Ende der »linken« bzw. staatssozialistischen Diktatur rechte Strukturen neue Orientierung verhiessen (vgl. Patzelt 2017: 44).

Neben der Frustration spielten in Sachsen Hass und Aggression gegenüber Fremden sowie die bereits in der Endphase der DDR vorhandenen

Strukturen aus Neo-Nationalsozialisten und teils rechtsextremistischen Skinheads eine nicht zu unterschätzende Rolle für den relativ schnellen Erfolg der westdeutschen Rechten, die nach 1989 in Sachsen sehr schnell Neonazi-Strukturen aufbauten (vgl. Backes 2019: 35, Kraske 2020: 55). Hinzu kam ein Gefühl des Abgehängtseins, gerade in ländlichen und grenznahen Gebieten Sachsens, in denen es demografisch, sozial und ökonomisch einen enormen Wandel gegeben hatte (mehr dazu weiter unten).

Rechte Wahlerfolge und außerparlamentarische Aktionen

Die AfD wurde in Hessen gegründet, die Führungsspitze ist (außer Tino Chrupalla, der aus Weißwasser, einer sächsischen Stadt in der Oberlausitz stammt) westdeutsch besetzt und doch war und ist die AfD in Sachsen besonders erfolgreich, weil sie nicht als West-Partei wahrgenommen wird. Aus dem Stand erreichte die Partei 9,7 Prozent bei den Landtagswahlen 2014, bei der Bundestagswahl 2017 wurde sie in Sachsen stärkste Partei. Während in den 1990er und 2000er Jahren die systemkritische PDS die politische Unzufriedenheit auffangen konnte, tut dies mit rechter Systemkritik nun spiegelbildlich die AfD.

Die Entstehung und Entwicklung der AfD sowie der Pegida-Bewegung weisen bemerkenswerte Parallelen auf (vgl. Herold & Schäller 2020). Für viele Pegida-Anhänger stellt die AfD ein attraktives politisches Angebot dar (vgl. Locke 2017). Die Geschichte von Pegida als lose organisiertes Sammelbecken begann am 20. Oktober 2014 in Dresden mit zunächst 350 Personen auf einem »Abendspaziergang« (vgl. Vorländer et al. 2016b: 109). Die anschließenden regelmäßigen Demonstrationen gegen »Islamisierung« und die Einwanderungs- und Asylpolitik Deutschlands und Europas mobilisierten innerhalb von drei Monaten bis zu 25.000 Menschen (vgl. Backes et al. 2019: 13, Vorländer et al. 2016a: 5-11). Ende 2014 verfestigte sich die Organisationsform mit Gründung des eines Vereins, und die Bewegung radikalisierte sich ab 2015 zunehmend (vgl. Herold & Schäller 2020).

Allein 727 rechte Demonstrationen zählte das Rechercheprojekt »Rechtes Sachsen« (www.rechtes-sachsen.de) 2015. Der Schwerpunkt lag dabei in der Region Dresden, aber rechte Aufmärsche fanden in allen Landkreisen und kreisfreien Städten statt (z. B. »Legida« in Leipzig; vgl. Kulturbüro Sachsen e.V. 2022: 26). So hat sich etwa in Colditz, einer Stadt mit knapp 5.000 Einwohnern im Landkreis Leipzig, seit den 1990er Jahren eine aktive rechtsextreme Szene gebildet, die Anwohnerinnen und Anwohner, die sich gegen sie

stellten, bedrohten, angriffen oder zum Wegzug nötigten (vgl. Datt 2017). Die ansässige rechtsextreme Szene dominierte nach der Jahrtausendwende die Stadt, und erst 2023 griff der Staat mit Durchsuchungen und Verhaftungen ein (vgl. Böckmann & Datt 2023). Seit Mai 2021 wird Pegida durch das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen als extremistische Bewegung eingestuft und beobachtet.

Doch Sachsen ist nicht nur Pegida-Kernland und AfD-Hochburg, sondern auch ein zentraler Schauplatz politischer Radikalisierung bei »Reichsbürgern«⁹, »Querdenkern«¹⁰ und Corona-Leugnern. Der Verfassungsschutzbericht 2023 rechnet ca. 3.000 Personen in Sachsen der Reichsbürgerszene zu, 500 mehr als 2022 (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 105). Die Ablehnung der Corona-Maßnahmen kann eine mögliche Ursache für den enormen Anstieg von 32 Prozent sein, da Skepsis gegenüber Anti-Corona-Maßnahmen vermehrt für die Verbreitung von verfassungsfeindlichen Zielsetzungen instrumentalisiert wurde.

Die Zunahme der Reichsbürgerszene im Freistaat Sachsen ist eng mit der Ansiedlung des »Königreichs Deutschland« um den selbst ernannten »König« Peter Fitzek verknüpft. Dieser kauft vermehrt Immobilien, um in ganz Sachsen sogenannte »Gemeinwohldörfer« aufzubauen (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 107-108). In Sachsen ist die Reichsbürger-Bewegung in Landkreisen wie Meißen, Mittelsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und dem Erzgebirgskreis besonders stark (vgl. Hach 2017) und auch die Landeshauptstadt Dresden und der Landkreis Bautzen entwickeln sich laut Verfassungsschutzangaben zu einem »Reichsbürger-Hotspot«. Lediglich im Landkreis Nordsachsen sowie in der kreisfreien Stadt Chemnitz sind Reichsbürger we-

9 Reichsbürger (die sich dem »Deutschen Reich« zugehörig fühlen) und Selbstverwalter (die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen) lehnen die Bundesrepublik Deutschland, ihre Institutionen und ihr Rechtssystem ab. Sie sprechen den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation ab oder negieren die geltende Rechtsordnung, da die Bundesrepublik ein Konstrukt der Alliierten zu Verwaltung des Deutschen Reiches sei. Die Wurzeln der Reichsbürgerbewegung reichen zurück in die Bundesrepublik Deutschland der 1970er und 1980er Jahre (vgl. Hermann 2018: 10-13).

10 Die »Querdenker« sind eine Bewegung mit diversen regionalen Ablegern. Die Ursprungsgruppe kam aus der Umgebung Stuttgarts und wurde von Michael Ballweg ins Leben gerufen, der 2020 während der COVID-19-Krise Proteste gegen Schutzmaßnahmen unter der Bezeichnung »Querdenken 711« organisierte. Ballweg werden Kontakte in die deutsche Reichsbürgerbewegung nachgesagt (vgl. Bau 2020).

niger verbreitet (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 107).

2023 rechnet der Verfassungsschutzbericht in Sachsen insgesamt 5.750 Personen im Freistaat dem Rechtsextremismus zu, 2022 waren es noch 4.350 Personen. Dieser Anstieg um knapp ein Drittel resultiert laut Landesamt für Verfassungsschutz aus der Einstufung als »erwiesen rechtsextremistische Bestrebung« sowohl des sächsischen AfD-Landesverbandes sowie dessen Jugendorganisation »Junge Alternative« als auch des Vereins »Ein Prozent«¹¹. In der AfD rechnet der Verfassungsschutz von den rund 2.800 Mitgliedern 1.300 Personen dem rechtsextremistischen Spektrum zu, beispielsweise Mitglieder der ehemaligen Parteiströmung »Der Flügel« (vgl. ebd. 2024: 23 und 44). Zugleich ist auch die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund deutlich angestiegen. Der Verfassungsschutz zählte 2023 2.566 Straftaten, 2022 lag die Zahl noch bei 1.709 derartigen Delikten. Die Anzahl der fremdenfeindlichen Straftaten erreichte mit 712 Vorfällen den höchsten Stand seit 2015 (vgl. ebd.: 99).

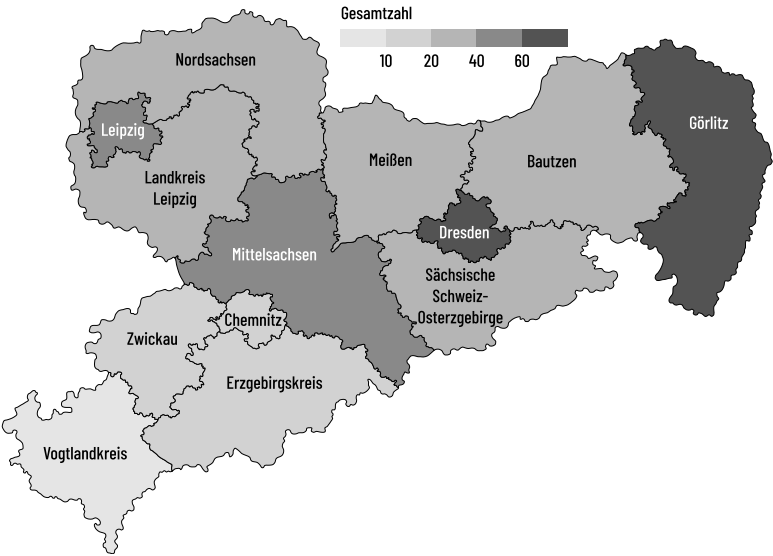
Insgesamt wird ein Rechtsruck in der sächsischen Bevölkerung konstatiert, der sich nicht nur in der Etablierung der AfD im deutschen Parlamentarismus zeigt, sondern auch in einer kontinuierlichen Normalisierung und Institutionalisierung rechtsextremen Gedankenguts und einer zunehmenden Hinnahme von öffentlicher Agitation dieser Ideologie in der Gesellschaft (vgl. Garsztecki et al. 2024: 25-28, Heitmeyer et al. 2021: 267, Pfahl-Traugher 2022: 146). Vieles, was heute aufflammt, hat auch mit Umbruchs- und Demütigungserfahrungen, aber auch mit einer unbewältigten DDR-Vergangenheit zu tun. Politisches Ohnmachtsempfinden ist weit verbreitet, führt aber nicht zu Unterwerfung, sondern zu Aufsässigkeit. Populistischer Protest wird als Selbstermächtigung und als Gegenwehr gegen das System erlebt (vgl. Mau 2021: 372).

11 Der »Ein Prozent e. V.« (früher: »Ein Prozent für unser Land«) ist ein 2015 gegen die Asylpolitik der Bundesregierung gegründeter deutscher Verein mit Sitz in Görlitz, der vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch und als verfassungsfeindlich eingestuft wird.

Angriffe und Gewalt gegen Medienschaffende, Politikerinnen und Politiker

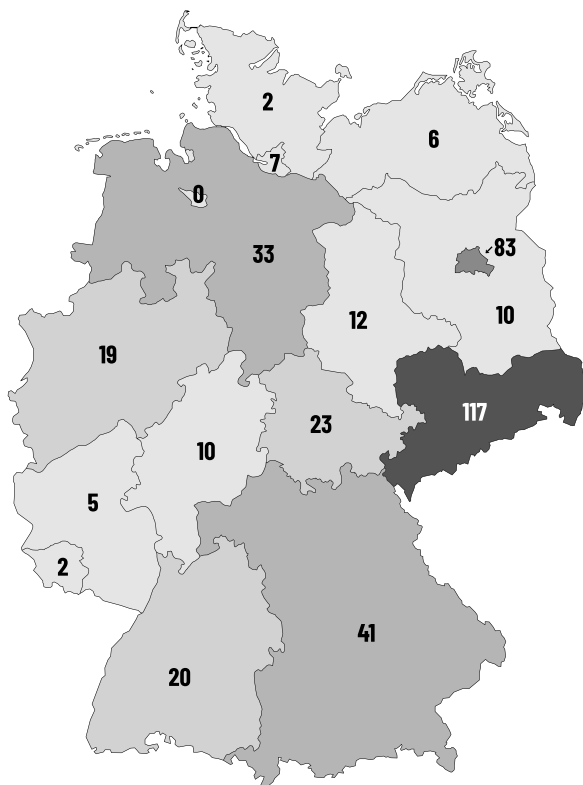
Die Opferberatungsstellen der Regionalen Arbeitsstellen und Angebote für Bildung, Beratung und Demokratie e.V. (RAA – Sachsen e.V.) haben in Sachsen 2023 248 rechtsextreme und rassistische Angriffe gezählt. Das ist im Vergleich zu 2022 ein Anstieg um 21 Prozent. Die höchsten Angriffszahlen sachsenweit weisen der RAA-Statistik zufolge die Großstädte Leipzig (70) und Dresden (42) auf. Die RAA-Zahlen decken sich im Trend mit der Kriminalitätsstatistik der sächsischen Polizei (vgl. Peikert 2024). So ist bei Angriffen auf Politikerinnen und Politiker ein starker Zuwachs zu verzeichnen. Zwischen 2022 und 2023 ist die Zahl der Überfälle von 270 auf 302 gestiegen (siehe zur regionalen Verteilung Abb. 4). Auch auf Kommunal-Ebene hat sich die Problematik verschärft: 2022 gab es 45 Fälle und 2023 77 Fälle. 2019 und 2020 waren vor allem CDU- und AfD-Angehörige betroffen. Seit 2022 richten sich die Attacken vor allem gegen Angehörige der Grünen: 2021 gab es vier Vorfälle, 2022 waren es schon 22, 2023 dann 64. Auf Platz zwei liegt die SPD mit 13 Angriffen (vgl. Rietzschel 2024).

Abb. 4: Angriffe auf Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Gebäude in Sachsen 2023



Darstellung nach Rietzschel 2024: 1

*Abb. 5: Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten
2015-2023 nach Bundesländern*

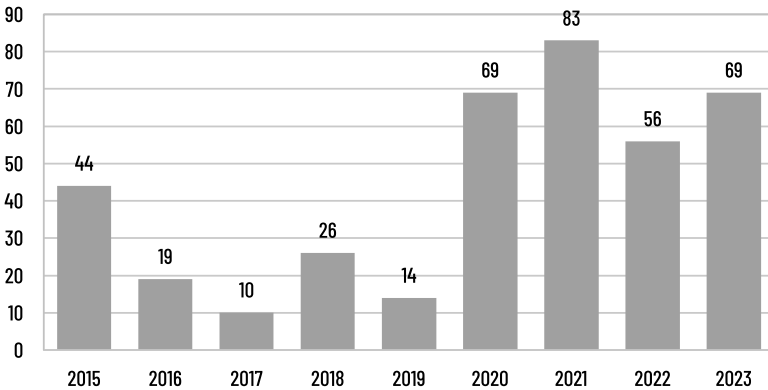


Darstellung nach Peltz et al. 2024: 13

Auch Journalistinnen und Journalisten wurden in den letzten zehn Jahren in großer Zahl angepöbelt, bedrängt und physisch angegriffen. Laut den Daten des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) für die Jahre 2015 bis 2023 über tätliche Angriffe auf Medienschaffende lag Sachsen im Bundesländer-Vergleich an der Spitze (siehe Abb. 5). Nachdem es 2015 vor allem am Rande von Pegida-Demonstrationen zu solchen Vorfällen gekommen war, gab es 2020/21 vorrangig durch Anti-Corona- und »Querdenken«-Demonstrationen ein neues Hoch (siehe Abb. 6). Als diese nachließen, ging die Anzahl leicht zurück (vgl. Hoffmann et al. 2023: 4), aber 2023 stieg die Zahl wieder an (vgl. Peltz et al. 2024: 6). In jenem Jahr löste Berlin mit

25 tätlichen Angriffen den Freistaat Sachsen mit 13 Angriffen als negativer Spitzenreiter ab, wofür die Zunahme von Gewalt im Umfeld pro-palästinensischen Demonstrationen ursächlich war (vgl. ebd.: 12).

Abb. 6: Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten in Deutschland 2015-2023



Darstellung nach Peltz et al. 2024: 8

Die steigende Gewaltbereitschaft und das in einigen Fällen zu zögerliche Eingreifen der Polizei führte zum Jahreswechsel 2021/22 zu dem Twitter-Hashtag #AusgebranntePresse, unter dem Journalistinnen und Journalisten von Angriffen, Beleidigungen und Bedrohungen berichteten, die sie auf Demonstrationen erlebt haben. Als Reaktion darauf fand der Schutz und die Sicherheit von Medienschaffenden nach der Bundestagswahl 2021 auch Eingang in den Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien (vgl. SPD et al. 2021: 124). Außerdem ist das Sächsische Versammlungsgesetz (SächsVersG) im Sinne des Koalitionsvertrages 2024 zu einem neuen »Gesetz über den Schutz der Versammlungsfreiheit im Freistaat Sachsen« reformiert worden. Darin wird der besondere Schutz der freien medialen Berichterstattung bei Versammlungen und somit auch der Schutz von Medienschaffenden bei Versammlungen als Aufgabe formuliert (vgl. § 3 Abs. 1 SächsVersG). Darüber hinaus kam es zu Kooperationen zwischen der sächsischen Polizei und dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) sowie dem Deutschen Journalisten-Verband, um Polizistinnen und Polizisten in der Aus- und Fortbildung für den Status und die Aufgaben von Medienschaffenden zu sensibilisieren (vgl. Meedia 2021, Stawowy 2019).

Einfluss der COVID-19-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie reihte sich in Ostdeutschland ein in vorangegangene historische Ereignisse wie den Mauerfall 1989 und die Zeit der frühen Transformation. Die Atemwegserkrankung erreichte im Januar 2020 die Bundesrepublik (vgl. Maurer et al. 2021: 7) und Anfang März 2020 mit einem Fall im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge auch Sachsen (vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt 2020). Ab Mitte März folgte die erste große Welle und der erste Lockdown. Der Staat regierte in zuvor ungekannter Weise mit Verordnungen, Kontaktverboten und Bestimmungen bis in den privaten Bereich hinein. In zahlreichen Städten und Gemeinden Sachsens beteiligten sich ab April 2020 hunderte Menschen an sogenannten »Corona-Spaziergängen« gegen die Beschränkungen und für die Erhaltung von Grundrechten.

Das verbreitete Unbehagen an den Corona-Schutzmaßnahmen von Bundes- und Landesregierung wurde von rechtsextremistischen Akteuren rasch für antidemokratische Anliegen instrumentalisiert.

Einige Demonstrationen überschritten die angemeldete Personenzahl oder blieben unangemeldet; manche davon wurden durch die Polizei aufgelöst. Während zu Beginn viele unterschiedliche Gruppen zu Kundgebungen aufriefen, wurden seit Sommer 2020 viele Demonstrationen von der »Querdenken«-Bewegung aus Stuttgart angemeldet (vgl. Maurer et al. 2021: 13). Eine der größten Demonstrationen fand am 7. November 2020 mit mindestens 20.000 Teilnehmenden in Leipzig statt. Unter dem Slogan »Geschichte gemeinsam wiederholen« lud Querdenken-711 Stuttgart ganz Deutschland nach Leipzig ein. Gezielt wurden dabei Bezüge zu den Ereignissen im Herbst 1989 in Leipzig hergestellt und von extremen Rechten besetzt. Während der Demonstration kam es zu massiver Gewalt gegen Einsatzkräfte und Medienschaffende (vgl. Stach & Hartmann 2020).

Insgesamt gab es vier bis fünf größere Infektionswellen, drei Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie waren im Frühjahr 2023 die meisten Beschränkungen beendet. Im Nachhinein zeigt sich drastisch, wie kräftezehrend die drei Corona-Jahre waren. Die psychischen und sozialen Langzeitwirkungen sind weiterhin zu spüren. Millionen von Menschen hatten während der Pandemie das Gefühl, das eigene Leben nicht gestalten zu können. Soziale Beziehungen und wirtschaftliche Aktivitäten wurden unterbrochen, Konsum- und Freizeitmöglichkeiten waren eingeschränkt, soziales und politisches

Engagement wurde ausgebremst, die Mediennutzung erfuhr einen tiefgreifenden Wandel (vgl. ARD-Forschungsdienst 2022).

Covid wurde zum gesellschaftlichen Ausnahmezustand und wegen der Eingriffe in Freiheits- und Bürgerrechte zum Prüfstein für die gesamte Demokratie (vgl. Biess 2020). Verunsicherung und Vertrauensverluste waren die nicht-medizinischen Folgen der Pandemie. So wurde die Qualität der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung gerade von denjenigen Bürgerinnen und Bürgern als gering bewertet, denen die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu weit gingen und die generell unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland waren (vgl. Arlt et al. 2023).

Am 4. Juli 2020 gründete sich im Umfeld der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen »Die Basisdemokratische Partei Deutschland« (dieBasis). Sie gilt als der parteipolitische Arm der »Querdenker«-Bewegung. Auch die extrem rechte Organisation »Freie Sachsen« wurde im Februar 2021 von dem Chemnitzer Rechtsanwalt Martin Kohlmann aus Protest gegen die Corona-Maßnahmen ins Leben gerufen; sie ist mit rund 1.200 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste rechtsextreme Partei im Freistaat (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 23). 2022 traten die »Freien Sachsen« in drei Landkreisen (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Erzgebirgskreis, Nordsachsen) zu den Landratswahlen an, holten in allen Wahlkreisen zweistellige Ergebnisse – in Nordsachsen erzielte die Kandidatin sogar 20 Prozent (vgl. Kiess & Nattke 2024). Kohlmann schmiedet seitdem sachsenweit Allianzen mit Bürgerinitiativen, Vertretern von Pegida, ehemaligen NPD-Kadern und Reichsbürgern. Er trat zu den Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 mit den »Freien Sachsen« flächendeckend an. Ebenso beteiligte sich die Partei mit einer Kandidatenliste an der Landtagswahl am 1. September 2024. Der Telegram-Kanal der »Freien Sachsen« zählte im Oktober 2024 knapp 133.000 Abonnentinnen und Abonnenten.

Weitere Formen des Extremismus

Der Linksextremismus¹² in Sachsen ist etwas schwächer als in den übrigen ostdeutschen Ländern (vgl. Jesse et al. 2014: 327). Das Personenpotenzial ist über die Jahre nahezu konstant. Insgesamt 905 Personen wurden 2023 diesem Bereich zugeordnet, das sind im Vergleich zu 2022 15 Personen mehr (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 127). Gleichwohl sieht der Verfassungsschutzbericht auch im Bereich des Linksextremismus negative Entwicklungen: Die Anzahl der linksextremistischen Straftaten stieg von 742 Taten (2022) auf 804 Taten (2023) (vgl. ebd.: 164). Dabei wurden in den drei Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz circa 77 Prozent aller linksextremistischen Straftaten begangen. Auch bei den linksextremistischen Gewalttaten sind die drei Städte dominierend: 91 Prozent der 191 Taten wurden hier verübt, wobei Leipzig mit 437 Fällen mehr als die Hälfte der Fälle auf sich vereinte (2022: 445), Dresden (148) und Chemnitz (35) folgen dahinter (vgl. ebd.: 166). Leipzig hat sich neben Berlin und Hamburg als bundesweite Schwerpunktregion der autonomen Szene und Brennpunkt linksextremistischer Gewalt etabliert. So wurden hier mehr Taten mit linksextremistischem Hintergrund beobachtet. Der Verfassungsschutz spricht von einem Plus von 17 Prozent im Jahr 2023, was sicherlich auch auf den sogenannten »Tag X« in Leipzig (3. Juni 2023) in Zusammenhang mit dem Prozess gegen Lina E. zurückzuführen ist (vgl. ebd.: 165).

Islamismus als eine weitere Form des politischen Extremismus basiert auf der Überzeugung, dass der Islam die Grundlage für das gesellschaftliche Leben und die politische Ordnung sein sollte. Er geht von der Existenz einer gottgewollten und allgemeingültigen Ordnung aus, die über den von Menschen gemachten gesellschaftlichen Regeln und Gesetzen steht. Der Islamismus zielt darauf ab, alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens zu regulieren, einschließlich Politik, Recht und Gesellschaft. Sämtliche Strömungen – ob moderat und reformorientiert oder extremistisch und gewaltbereit – missbrauchen also die Religion für ihre politischen Absichten

12 Wir verwenden den Begriff »Linksextremismus« im Folgenden, da er in der amtlichen Statistik in Sachsen Anwendung findet, auch wenn der Begriff und hinter ihm stehende Extremismus-Konzepte – Stichwort Hufeisentheorie – durchaus umstritten sind (vgl. Fuhrmann 2019, Lehmann & Jukschat 2019).

und zielen darauf ab, die Gesellschaft und den Staat nach den Prinzipien der Scharia (islamisches Recht) zu organisieren. Demzufolge streben Islamisten die teilweise oder vollständige Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, des Säkularismus und Liberalismus an und stehen im Widerspruch zu den im Grundgesetz verankerten Grundsätzen der Volkssouveränität, der Trennung von Staat und Religion, der freien Meinungsäußerung und der allgemeinen Gleichberechtigung (vgl. Pfahl-Traugher 2011).

Islamistisch eingestellte Personen gibt es auch in Sachsen, allerdings ist das Personenpotenzial 2023 wie in den Jahren 2021 und 2022 im Freistaat Sachsen mit ca. 450 Personen im Bundesvergleich konstant auf niedrigem Niveau (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 192). Nordrhein-Westfalen, als das Bundesland, in dem die meisten Islamisten leben, zählte dagegen 2023 4.000 Personen (vgl. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen 2024). In der gesamten Bundesrepublik waren 2023 27.200 Islamisten aktiv (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2024: 210).

Auch wenn die islamistische Szene in Sachsen also im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ klein ist, so trifft die islamistische Radikalisierung im Freistaat auf eine besonders kritische bis feindliche Haltung gegenüber dem Islam allgemein. Rechtspopulistische Anschauungen setzen den Islam pauschal mit extremistischen Strömungen gleich, was den interkulturellen Dialog und die Integration von Musliminnen und Muslimen erschwert und wiederum eine Polarisierung verstärken kann.

3.2 Wirtschaftliche Entwicklung

Sachsen war während der gesamten Zeit bis 1989 das industrielle Zentrum der DDR. Insgesamt erwirtschafteten die drei sächsischen Bezirke bei einem Bevölkerungsanteil von ca. 25 Prozent etwa 40 Prozent der gesamten Industrieproduktion der DDR. Sie waren wichtige Industrie- und Hochschulstandorte und somit auch wertvolle Devisenbringer (vgl. Rellecke 2002: 244, Schäfer 2010: 172-174).

Der Zusammenbruch großer Teile der ostdeutschen Industrie gehört sicherlich zu den schwerwiegendsten und ausschlaggebendsten ökonomischen Folgen der deutschen Einheit. Die Grenzöffnung am 9. November 1989, die

Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der Bundesrepublik am 1. Juli 1990, die Konkurrenzsituation zwischen West- und Ostbetrieben und der Wegfall der Außenhandelswährung innerhalb des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe der sozialistischen Staaten) trafen Sachsens Wirtschaft schwer. Nach der Einführung der D-Mark explodierten die Kosten für Produktion und Personal, der Export ins Ausland wurde schwieriger, die Märkte im Osten brachen weg. Die Bevorzugung von Westprodukten und der Einkaufsverkehr im Westen beeinträchtigten den Absatz eigener Produkte ebenso wie die fehlende Wettbewerbs- und Weltmarktfähigkeit der Betriebe durch das jahrzehntelange Ausbleiben von Investitionen (vgl. Keller 2002: 400).

1990 hatten noch 80 Prozent der Ostdeutschen optimistisch in ihre persönliche Zukunft geblickt und der überwiegende Teil der Bevölkerung meinte, mit den Herausforderungen von Marktwirtschaft, Leistungswettbewerb und sozialer Unsicherheit fertig werden zu können. Doch schon bald nach der deutschen Vereinigung bewirkten die Umstrukturierung, Privatisierung und die Aufgabe ganzer Industriezweige eine wirtschaftliche und soziale Krise (vgl. Pollack 2020: 145). Der Übergang der DDR-Wirtschaft von einer Plan- in die Marktwirtschaft war mit schmerzhaften Einschnitten verbunden. Die Mehrzahl der ostdeutschen und sächsischen Industriebetriebe überstand den Beitritt zur Bundesrepublik und die damit einhergehende Privatisierung nicht.

Dafür gab es neben den oben genannten noch viele weitere Ursachen: von der geringen Eigenkapitalausstattung der Unternehmen über fehlendes Marketing und Missmanagement bis hin zu unseriösen Machenschaften von Investoren, Fördermittelmissbrauch und Wirtschaftskriminalität sowie Fehlentscheidungen der Treuhandanstalt, die mit der Reprivatisierung der Betriebe und der Reorganisation des volkseigenen Vermögens beauftragt war. Die Treuhand verkaufte letztendlich 85 Prozent des ostdeutschen Produktionsvermögens an westdeutsche Eigentümer (vgl. Hoffmann 2024: 62-71, Schmidt 2001: 169-191, Wiesenthal 1999: 48-50). Die massive De-Industrialisierung in Sachsen betraf nicht nur die Großstädte, sondern auch den ländlichen Raum. Statt der versprochenen »blühenden Landschaften«¹³, blieb der schnelle Wirtschaftsaufschwung lange aus.

13 Diese Metapher nutzte Bundeskanzler Helmut Kohl in den 1990er Jahren gerne für den angekündigten Aufschwung, erstmals in einer Fernsehansprache anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990: »Durch eine

Die Gründe für eine sich ausbreitende Stimmung von Ernüchterung, Verdrossenheit und Nostalgie Anfang der 1990er Jahre lagen in starkem Maße auch in der sich rasant verschlechternden Situation auf dem Arbeitsmarkt. Bis 1996 waren in ganz Ostdeutschland 40 Prozent der Erwerbstätigen mindestens einmal arbeitslos geworden. Zwischen 1989 und 1992 ging ein Drittel der vorhandenen Arbeitsplätze verloren. Zwei Drittel der Erwerbstätigen mussten ihren Betrieb verlassen, in dem sie bis 1989 gearbeitet hatten, ein Drittel der Ostdeutschen wechselte den Beruf (vgl. Pollack 2020: 149). Besonders in den Jahren 1990/91 ging eine fast flächenhafte De-Industrialisierung vor sich. Die ostdeutsche Industrieproduktion brach um fast drei Viertel ein (vgl. Schäfer 2010: 176, Hoffmann 2024: 75-92), und die Zahl der Arbeitsplätze sank von 9,7 Millionen im Jahr 1989 auf unter sechs Millionen im Jahr 2000 (vgl. Krampitz 2018).

Der Beschäftigungseinbruch wurde für Millionen Menschen zum alles beherrschenden Thema. Er traf die bisher an Vollbeschäftigung und an stabile Verhältnisse im Arbeitsleben gewöhnte Bevölkerung völlig unvorbereitet. Es wurde als persönliches Versagen empfunden, als Scheitern und als Makel; dies auch, weil eine Arbeitsstelle in der DDR einen gänzlich anderen Stellenwert hatte. Eine deutliche Trennung von Arbeits- und Lebenswelt wie in Westdeutschland hatte es in der realsozialistischen Welt nicht gegeben. Die Arbeitsstätte war Kern des gesellschaftlichen Lebens. Zu einem Volkseigenen Betrieb gehörten ein Kindergarten, eine Bibliothek, ein Sportverein, ärztliche Versorgung, von hier wurde der Urlaubsplatz bereitgestellt und wurden Beschäftigte zum Studium delegiert. Auch betriebseigene Kulturhäuser waren keine Seltenheit. Mit dem Ende dieser Arbeitswelt ging auch ein großer Teil der Lebenswelt unter, ein Selbstwertverlust für diejenigen, die sich bisher über ihren Arbeitsplatz definiert hatten (vgl. Wölle 2020: 52).

Das Gefühl, die eigene Lebensleistung werde nicht angemessen berücksichtigt, machte sich breit. Massenarbeitslosigkeit und fehlende Perspektiven prägten mehrere Generationen. Das Gefühl der wirtschaftlichen Unsicherheit und des Statusverlustes hat das Vertrauen in die Demokratie wahrscheinlich nachhaltig beschädigt. Es gibt zumindest einen statistisch signifikanten Zu-

gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt« (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1990).

sammenhang zwischen Erwerbslosigkeit im Jahr 2000 und den Wahlergebnissen der AfD im Jahr 2017, offenbar war es »die in der Vergangenheit erfahrene Arbeitslosigkeit, die sich in Verbindung mit der Flüchtlingspolitik nach 2015 zu einem Syndrom des Unmuts verfestigte« (vgl. Manow 2018: 99-100).

Bereits am Anfang der 1990er Jahre stellte das Emnid-Institut fest, dass unter den Ostdeutschen eine depressive Stimmung herrsche wie sie »noch nie und nirgends zuvor« gemessen worden war. Mehr als ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung hatte das Gefühl, »in dieser Gesellschaft nicht mehr gebraucht zu werden« (Bangel et al. 2019). Die Hoffnungen auf Konjunktur, die viele Menschen mit dem Beitritt zur Bundesrepublik verbanden, erfüllte sich nicht.

Insgesamt konnte sich die sächsische Industrie bis zum Ende der 1990er Jahre aber auf niedrigem Niveau stabilisieren. Hinsichtlich der realen Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes lag Sachsen seit 1991 dennoch immer mit an der Spitze der neuen Bundesländer (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021) und ist gegenwärtig das wirtschaftlich stärkste ostdeutsche Bundesland (vgl. Ismayr & Fleck 2019: 3). Lag das monatliche Brutto-Durchschnittseinkommen 1991 umgerechnet noch bei 1.280 Euro, so machte es bereits 1998 1.820 Euro aus (vgl. Pollack 2020: 172) und 2019 2.790 Euro (vgl. Bidder & Kulf 2019). Dennoch ist das Einkommen noch immer niedriger als im Westen (vgl. dpa-infocom 2022). Im Jahr 2023 lag Sachsen bei den privaten Haushaltseinkommen rund 7.500 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Damit befindet sich der Freistaat im Vergleich neben Sachsen-Anhalt und Bremen unter den letzten drei Ländern. Die rund 2,11 Millionen Haushalte in Sachsen verfügen über ein jährliches Nettoeinkommen von 36.278 Euro, bundesweit hingegen liegt der Durchschnitt bei 43.800 Euro. Vollzeitbeschäftigte verdienten 2023 in Ostdeutschland weniger als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Westen, die Ostgehälter lagen durchschnittlich bei 82 Prozent der Werte im Westen (vgl. Böhmer 2024).

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung belegt, dass der Anteil der Geringverdiener in Ostdeutschland noch immer deutlich höher als im Westen ist. In Sachsen arbeiteten demnach 330.000 Beschäftigte für einen Verdienst von weniger als 2.284 Euro monatlich¹⁴, damit gehören 32,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen zur Gruppe der

14 Ein Verdienst von weniger als 2.284 Euro monatlich gilt als unterer Entgeltbereich, da er weniger als zwei Drittel des mittleren monatlichen Bruttoarbeitsentgeltes entspricht.

Geringverdiener (bundesweit 18,7 Prozent). Die sachsen- und auch deutschlandweit höchste Quote wies der Erzgebirgskreis mit 43,2 Prozent auf; der Kreis Görlitz (42,5 Prozent) und der Vogtlandkreis (40,2 Prozent) gehören zu den zehn Kreisen mit den bundesweit höchsten Quoten des unteren Entgeltbereichs (vgl. Seils & Emmeler 2022).

Die ehemalige Industrieregion Sachsen gehört größtenteils der Vergangenheit an. Doch auch wenn Sachsen von flächendeckendem Wohlstand noch weit entfernt ist, gibt es nach dem weitflächigen Kahlschlag der frühen 1990er Jahre inzwischen viele Leuchttürme. Die wichtigsten Wirtschaftszweige des produzierenden Gewerbes sind der Maschinenbau, die Metallverarbeitung, die Elektro- und Elektronikindustrie sowie das Ernährungs-, Textil- und Papiergewerbe (vgl. Rellecke 2002: 245, von Wolff 2018: 93-99). Durch seine wirtschaftliche Stellung und aufgrund seiner Grenzen zu Polen und Tschechien ist der Freistaat heute auch ein anerkannter Akteur auf europapolitischer Ebene. International gewürdigte Spitzenforschung findet in Sachsen insbesondere auf den Gebieten der Mikroelektronik, Nanotechnologie, des Maschinen- und Fahrzeugbaus, der Material- und Werkstoffwissenschaften, der Biotechnologie, Neurowissenschaften, Medizintechnik sowie im Umweltbereich statt (vgl. Ismayr & Fleck 2019: 3). Einen wichtigen Beitrag leistet auch die wachsende Kreativwirtschaft, die sich hinsichtlich des Steueraufkommens und des Umsatzes dynamisch entwickelt (vgl. von Wolff 2018: 99).

3.3 Demographische Entwicklung

Nach 1989 zogen Millionen junge und gut ausgebildete Ostdeutsche in den Westen, vor allem junge Fachkräfte wanderten ab. So verlor Sachsen in absoluten Zahlen mehr Bevölkerung als die anderen Ost-Bundesländer (vgl. Bangel et al. 2019). Knapp fünf Millionen Menschen lebten 1989 auf dem Gebiet des Freistaats (vgl. Keller 2002: 397), heute sind es noch reichlich vier Millionen. War es bis zum Herbst 1989 die Flucht vor dem politischen System und den ökonomischen Schwierigkeiten, so dominiert seitdem die Abwanderung aus verschiedenen sächsischen Regionen aufgrund des Zusammenbruchs wirtschaftlicher Strukturen. Rund 800.000 Menschen verließen bis Ende 1990 das Gebiet der DDR (vgl. Wölle 2020: 46). Insgesamt sind seit 1991 annähernd 1,2 Millionen Menschen aus den neuen in die alten Bundesländer gezogen (vgl. Statistisches Bundesamt 2024a).

Die demografischen Folgen waren weitreichend. Es gab weniger junge Frauen, weniger Kinder, immer mehr Alte, und entsprechend ging auch die Infrastruktur auf dem Land verloren. Der Abbau betraf in den letzten 30 Jahren viele Bereiche des Alltagslebens (vgl. Kowalczyk 2021: 50–51). Kindertagesstätten, Schulen und Kultureinrichtungen wurden geschlossen, Arztpraxen nicht mehr besetzt, der öffentliche Nahverkehr ausgedünnt. In den Dörfern schlossen Geschäfte, Postfilialen und Gaststätten, Steuereinnahmen und die Kaufkraft sanken. Ein Teufelskreis, der zu noch mehr Abwanderung führte (vgl. Pasch 2020: 51–53). In Zeiten von Umbrüchen und Unsicherheiten reagieren die Menschen jedoch besonders empfindlich auf den Abbau von Infrastruktur in ihren Gemeinden. Gefühle der Benachteiligung entstanden, außerdem bauten sich Spannungen auf zwischen eingewanderten Sachsen und hinzugekommenen Westdeutschen, zwischen »Oberschicht« und »Regionalgesellschaft«.

Um die Jahrtausendwende setzte eine dritte große Abwanderungswelle ein. Es waren vor allem die Jungen, die Frauen und die gut Ausgebildeten, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben in den Westen zogen. Im Jahr 2017 erfolgte schließlich eine Trendwende: Erstmals zogen mehr Menschen von West nach Ost als andersherum (vgl. Bangel et al. 2019). Außerdem trug auch die Zuwanderung der letzten Jahre zu einer leichten Stabilisierung der Bevölkerungszahl bei (vgl. Ismayr & Fleck 2019: 2, Reibstein & Klingholz 2020, Leibert 2020). 1990 lebten ca. 50.000 Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen, 2020 mehr als 200.000 aus über 180 Staaten. (vgl. Kulturbüro Sachsen e.V. 2022: 12). Den höchsten Ausländeranteil haben die drei kreisfreien Städte Leipzig (9,7 Prozent), Chemnitz (8,5 Prozent) und Dresden (8,0 Prozent). Im ländlichen Raum schwankt der Anteil zwischen 4,6 Prozent (Landkreis Görlitz) und 2,1 Prozent (Erzgebirgskreis) (vgl. UrbiStat 2022). Die Alterspyramide der sächsischen Bevölkerung profitiert von der Einwanderung, sind doch fast 60 Prozent jünger als 35 Jahre (vgl. Kulturbüro Sachsen e.V. 2022: 12).

Die zunehmende Überalterung der sächsischen Bevölkerung aufgrund geringer Geburtenraten wurde durch einen starken Geburteneinbruch nach der Friedlichen Revolution noch verschärft. So wurden 1990 noch 49.774 Kinder geboren, 1994 kamen 22.734 Kinder zur Welt. Die Zahl hatte sich innerhalb von vier Jahren mehr als halbiert, wirtschaftliche und soziale Unsicherheit schlugen hier sichtlich durch (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2023a). Seitdem hat sich der Trend hinsichtlich der Geburten zwar wieder umgekehrt, ohne aber das Ausgangsniveau wieder zu erreichen. Die Bevölkerung Sachsens wird im Durchschnitt immer älter.

Das Durchschnittsalter stieg im Laufe der 1990er Jahre von knapp 36 auf fast 40 Jahre, wobei auch die Abwanderung vor allem junger Leute in den Westen Deutschlands ins Gewicht fiel (vgl. Keller 2002: 399), und liegt heute bei etwa 47 Jahren (vgl. von Wolff 2023: 37).

Die ostdeutsche Gesellschaft ist aufgrund der Abwanderung seit der Vereinigung deutlich älter als die westdeutsche. In den ostdeutschen Ländern (ohne Berlin) waren 2022 57,5 Prozent der Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahre alt. In den westdeutschen Ländern lag der Anteil dagegen bei 61,6 Prozent. Somit fällt auch der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter im Osten niedriger aus: Anteilig die wenigsten Menschen im erwerbsfähigen Alter gab es in Sachsen mit rund 57 Prozent, die meisten in Berlin mit rund 64 Prozent (vgl. Statistisches Bundesamt 2024a).

Die Zahl der Menschen, die 65 Jahre oder älter sind, ist in den vergangenen Jahren im Freistaat kontinuierlich gestiegen, 2021 auf 26,8 Prozent (vgl. Rauh et al. 2023: 11). Laut Prognose werden es 2040 schon gut 30 Prozent sein (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2024: 1). Das Medianalter – also das Alter, das die Bevölkerung in eine ältere und eine jüngere Hälfte teilt – steigt laut Prognose bis 2040 in Sachsen auf 50,3 Jahre, bundesweit wird mit einem Medianalter von 47,1 Jahren gerechnet (vgl. Klug et al. 2024: 7).

Gegenwärtig leben zwar nur 4,09 Millionen Menschen in Sachsen, dennoch gibt es in keinem der neuen Bundesländer eine entsprechend hohe Bevölkerungsdichte. Weder in Brandenburg noch in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen oder Sachsen-Anhalt gibt es Großstädte von mehr als 500.000 Einwohnerinnen und Einwohner wie Leipzig und Dresden. Selbst Chemnitz als drittgrößte sächsische Stadt hat mehr Menschen als Rostock, Schwerin, Erfurt oder Potsdam (vgl. von Wolff 2018: 7-8).

Doch Sachsens Einwohnerzahl wird in Zukunft noch deutlich schrumpfen. 2040 kommt der Freistaat laut Hochrechnung nur noch auf 3,8 Millionen Einwohner, das heißt zwischen 2020 und 2040 wird die Bevölkerungszahl um etwa 5,7 Prozent abnehmen. Dabei wird die Schere zwischen Stadt und Land in Sachsen künftig noch markanter. Für die Stadt Leipzig wird mit einem Plus von 14,7 Prozent das höchste Bevölkerungswachstum aller Kreise und kreisfreien Städte im gesamten deutschen Bundesgebiet vorhergesagt. Dresden wächst immerhin noch um 1,9 Prozent. Dagegen wird für den Erzgebirgskreis ein Rückgang von 19,1 Prozent erwartet. Auch im Vogtlandkreis (13,0) sowie den Landkreisen Görlitz (11,9), Bautzen (13,1), Mittelsachsen (13,2) und Zwickau (13,9) werden große Rückgänge vorausgesagt (vgl. dpa-infocom 2024).

Die Schrumpfung und Überalterung stellt die Arbeitsmärkte, die Alterssicherungssysteme und den Pflegesektor vor schwierige Aufgaben. Laut einer Prognose des Statistischen Landesamtes werden in den nächsten zehn Jahren 22 Prozent der heutigen Beschäftigten in Rente gehen. Deshalb würden laut sächsischem Wirtschaftsministerium künftig bis zu 15.000 ausländische Arbeitskräfte pro Jahr gebraucht, um die Abgänge kompensieren zu können. Derzeit stammen in Sachsen 131.000 Beschäftigte aus dem Ausland, was einem Anteil von rund acht Prozent entspricht (bundesweit 14,7 Prozent; vgl. Debski 2024).

3.4 Kulturlandschaft

Sachsen besitzt ein reiches und intensiv gepflegtes kulturelles Erbe. Berühmte Bauwerke (z. B. Residenzschloss, Dresdner Zwinger und Semperoper Dresden, Jagdschlösser Moritzburg und Hubertusburg) und Sammlungen (z. B. Grünes Gewölbe, Gemäldegalerie Alte und Neue Meister, Rüstkammer) der Wettiner Kurfürsten sowie die imposante Musikgeschichte werden als gesamtdeutsche Kulturgüter wahrgenommen. Zur gezielteren finanziellen Unterstützung und zur besseren Koordination der kulturellen Aktivitäten in Sachsen schuf man nach dem Umbruch 1990 acht ländliche Kulturräume, die jedoch mit den politischen Verwaltungseinheiten und auch der regionalen Identität ihrer Bewohner nur vereinzelt Berührungspunkte haben (vgl. Rellecke 2002: 247). Im Herbst 2020 gewann Chemnitz das Rennen um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2025.

Der Freistaat gehört mit mehr als 500 Museen zu den museumsreichsten Ländern Deutschlands, hat darüber hinaus mit mehr als 80 öffentlichen Theatern und einer Vielzahl freier Kabarett-, Puppen- oder Kleinkunstabühnen die höchste Theaterdichte in Deutschland (vgl. von Wolff 2023: 53-55). Des Weiteren hat das Land eine enorme Dichte an Schlössern und Herrenhäusern, historischen Parkanlagen und Kirchen. Die Kulturlandschaft und die Erholungsräume zogen 2019 mehr als 8,5 Millionen in- und ausländische Besucherinnen und Besucher an, der Höchstwert seit der deutschen Vereinigung. Der Tourismus ist deswegen ein bedeutender Wirtschaftszweig mit zuletzt mehr als 8 Milliarden Euro Umsatz. Als Kulturreiseland innerhalb Deutschlands liegt das Land seit einiger Zeit auf Platz eins (vgl. ebd.: 77).

Sachsen verfügt unter den ostdeutschen Ländern außerdem über die meisten Universitäten und weiteren Hochschulen (vgl. Waschkuhn 1999: 122). Die vier großen staatlichen Universitäten in Leipzig, Dresden, Chemnitz und Freiberg, 14 Hochschulen und mehr als 40 Forschungseinrichtungen bestimmen das akademische und künstlerische Leben. Außerdem haben sich namhafte Forschungseinrichtungen wie die Leibniz-Institute, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Max-Planck-Gesellschaft angesiedelt (vgl. Ismayr & Fleck 2019: 3, von Wolff 2023: 84-87).

Die nationale Minderheit der Sorben bildet ein besonderes Element sächsischer Geschichte und Identität. Sie verstehen sich als Nachfahren der westslawischen Stämme der Milzener und Lusizer, die im 6. Jahrhundert das Gebiet der heutigen Ober- und Niederlausitz besiedelten (vgl. von Wolff 2023: 39). Seit über 1.000 Jahren leben die Sorben in Dörfern und Kleinstädten im Raum zwischen Spree und Oder, von Bautzen bis Lübben, in der sächsischen Ober- und der brandenburgischen Niederlausitz. Etwa zwei Drittel der insgesamt ca. 60.000 Sorben wohnen in Sachsen, insbesondere im Gebiet zwischen Bautzen, Hoyerswerda und Kamenz (vgl. Ismayr & Fleck 2019: 2). Die Hauptstadt der Sorben ist Bautzen (sorbisch: Budyšin). Die hundertjährige »Domowina« – der Bund Lausitzer Sorben – ist der Dachverband sorbischer Vereine und vertritt die Interessen des sorbischen Volkes in der Öffentlichkeit. Die sorbische Sprache, Kultur und Kunst stehen entsprechend der sächsischen Verfassung unter dem ausdrücklichen Schutz des Staates (vgl. Gross 2001: 319).

3.5 Mediensystem

Die meisten Einwohner der DDR hatten spätestens 1989 das Vertrauen in deren Mediensystem verloren, war doch die Diskrepanz zwischen veröffentlichter Meinung und real erlebter Wirklichkeit allzu augenscheinlich. Alle Medien waren staatlich gelenkt und unterstanden der Weisung und Kontrolle der SED. Eine zentrale Forderung von Millionen Ostdeutschen im Herbst 1989 war daher die Meinungs- und Pressefreiheit. In kürzester Zeit trat die Abteilung Agitation und Propaganda beim Zentralkomitee der SED zurück, die Presselenkung existierte nicht mehr, und der parteipolitische Duktus verschwand aus den Medien. Die Volkskammer beschloss im Februar 1990 mit der Zustimmung des Runden Tisches ein DDR-Mediengesetz zur Gewähr-

leistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit sowie die Einsetzung eines Medienkontrollrats (vgl. Bundesstiftung Aufarbeitung 2021a).

Nun begannen sich im Zeitraffer zwei völlig unterschiedliche Gesellschaftssysteme – und damit auch höchst unterschiedliche Mediensysteme – zu vereinigen. Ein bis dahin staatlich gelenktes, zentralistisches Fernseh-, Hörfunk- und Presse-System in Ostdeutschland traf auf ein föderales, pluralistisches öffentlich-rechtliches sowie privat-kommerzielles Rundfunk-System (Hörfunk und Fernsehen) und ein privatwirtschaftliches Pressesystem in Westdeutschland. Wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen Ostdeutschlands erfolgte die Herstellung institutioneller Gleichheit einseitig durch den Transfer des westdeutschen Medien- und Institutionensystems. Auch deshalb ist es um die massenmediale Teilhabe Ostdeutscher auch nach über 30 Jahren nach der Vereinigung nicht besonders gut bestellt. Überdies ist die Mediennutzung generell eng mit politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Erfahrungen und Entwicklungen verknüpft, und hier hat die ostdeutsche Bevölkerung über Jahrzehnte völlig andere Prägungen durchlebt (vgl. Frey-Vor et al. 2021).

Das westliche System setzte die Maßstäbe und Themen und besetzte in den Medienbetrieben auch oftmals die Führungsfunktionen. Die Studie »Der lange Weg nach oben« belegt, dass in den Chefredaktionen der großen Regionalzeitungen der Anteil Ostdeutscher sogar von 62 Prozent (2016) auf 43 Prozent (2022) zurückging. In den Führungsgremien der drei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die ihr Sendegebiet ganz oder teilweise in Ostdeutschland haben, stieg der Anteil Ostdeutscher zwar auf mittlerweile 31 Prozent an, aber in der Leitung der größten deutschen Medienkonzerne sitzen keine Ostdeutschen (vgl. Schönherr et al. 2022: 3-4). Auch unter den Intendantinnen und Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland findet sich mit Ralf Ludwig (MDR) nur ein Ostdeutscher. Zudem gibt es faktisch kein relevantes überregionales Medium, dessen Sitz in Ostdeutschland liegt.

Presse

Die insgesamt 39 Tageszeitungen der DDR wurden ausschließlich von Parteien und Massenorganisationen herausgegeben. Die Presselandschaft war das Monopol der Politik, der Vertrieb das Monopol der Deutschen Post. Dabei überwogen die 14 SED-Bezirkszeitungen mit einer Gesamtauflage von

54 Prozent der Tagespresse (vgl. Machill et al. 2010: 22). Die Abo-Preise waren erschwinglich, da die Presse jährlich mit 750 Millionen Mark aus dem Staatshaushalt subventioniert wurde (vgl. Mükke 2021: 9). Doch im Zuge der Friedlichen Revolution 1989 kam es zu raschen optischen, personellen und finanziellen Veränderungen.

Die *Leipziger andere Zeitung* war die erste neu gegründete, unabhängige DDR-Zeitung vom November 1989 (vgl. Jesse et al. 2014: 252). Am 6. Dezember 1989 strich das SED-Bezirksorgan *Leipziger Volkszeitung* den Aufruf »Proletarier aller Länder vereinigt euch!«, der bis dahin den Kopf der Zeitung prägte. Auch der Untertitel »Organ der Bezirksleitung Leipzig der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« wurde in »Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes« geändert. Oppositionelle Gruppen bekamen jetzt Raum für Selbstdarstellungen. Die Redaktionsspitze wurde ausgewechselt (vgl. Harbers 2003: 330-331). Anfang 1990 trennten sich schließlich alle Bezirkszeitungen von der SED, die bereits Ende Januar 1990 keine einzige Regionalzeitung mehr besaß (vgl. ebd.: 334). Nach diesem Schritt in die Unabhängigkeit wurde schnell deutlich, dass große ökonomische Probleme auf die Zeitungen zukamen.

Allerdings waren die etablierten SED-Bezirkszeitungen nun attraktive Objekte für westdeutsche Verlage. Diese drängten mit Kooperations-, Beteiligungs- und Übernahmebemühungen auf den DDR-Pressemarkt (vgl. Pürer 2015: 63-64). Ende März 1990 begannen auch die staatlichen Pressesubventionen der DDR auszulaufen, was den ökonomischen und inhaltlichen Druck erheblich erhöhte. Die Bezirkszeitungen nahmen die Kooperationsangebote westlicher Partnerverlage an, und vielfach wurden bereits Vorverträge zur späteren Übernahme im vereinigten Deutschland geschlossen.

Mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 begann die Privatisierung der Verlagslandschaft durch die Treuhand. Ungeachtet der bisherigen Kooperationspartner wurden die Bezirkszeitungen zum Kauf angeboten (vgl. Jesse et al. 2014: 253). Die ehemals politischen Monopole der SED wurden damit in wirtschaftliche Monopole westdeutscher Verlage umgewandelt (vgl. Tröger 2021: 652-654). Die Treuhandanstalt orientierte sich ausschließlich an den Erlösen und einem schnellen Verkauf, der bereits im Sommer 1991 weitgehend abgeschlossen war. In der Folge kamen ausnahmslos große westdeutsche Zeitungs- und Zeitschriftenverlage zum Zuge, wie Burda, Heinrich Bauer, Axel Springer, Holtzbrinck, DuMont Schauberg oder Gruner + Jahr (vgl. Mükke 2021: 15, Harbers 2003: 338).

Die *Leipziger Volkszeitung* ging jeweils zur Hälfte an die Verlage Axel Springer in Berlin und Madsack aus Hannover (seit 2009 gehört sie zu 100 Prozent der Madsack-Gruppe). Die *Freie Presse* in Chemnitz ging ohne Ausschreibung an die Medien Union GmbH mit Sitz in Ludwigshafen am Rhein. Der direkte Verkauf ging auf die Bemühungen des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl zurück, der sich für den CDU-nahen Verlag mit Sitz in seiner Heimatstadt eingesetzt hatte (vgl. Mücke 2021: 16). Die *Sächsische Zeitung* ging an die DDV Mediengruppe.¹⁵ Die Bezirkszeitungen der Blockparteien, die von der Treuhand-Versteigerung nicht betroffen waren, fanden ebenfalls westdeutsche Käufer, doch die Konkurrenz zu den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen mit deren größerem Stamm an Abonnentinnen und Abonnenten war zu groß, sodass sie bereits im Laufe des Jahres 1991 größtenteils ihr Erscheinen einstellten (vgl. Harbers 2003: 339).

In der DDR gab es eine breite und preislich günstige Palette an Presseerzeugnissen, 80 bis 90 Prozent der Haushalte hatten Tageszeitungen abonniert (vgl. Mücke 2010: 248). Doch bereits im Laufe des Jahres 1990 kam es einerseits zu einem massiven Rückgang der Verkaufszahlen (vgl. Bundesstiftung Aufarbeitung 2021b). Andererseits stimulierte die neu errungene Pressefreiheit auch eigene verlegerischen Aktivitäten der Ostdeutschen. Es kam zu einer kurzen Zeitungsblüte mit zahlreichen Neugründungen und einer einmaligen lokalen Vielfalt. Viele dieser originär ostdeutschen Zeitungen und Zeitschriften wurden auf Initiativen von politischen oder privaten Gruppierungen gegründet. Bereits zum Ende des Frühjahrs 1990 gab es etwa 100 Zeitungsneugründungen, bis zum 3. Oktober 1990 lag die Zahl bei 120 (vgl. Träger 2019: 72).

Diese bürgerbewegte, lokale Alternativpublizistik war bedeutend für die Konsolidierung der Zivilgesellschaft in der DDR, jedoch hielt die Aufbruchstimmung nicht lange an. Der ostdeutsche Markt wurde sofort nach Grenzöffnung von allen denkbaren Angeboten aus Westdeutschland geflutet (vgl. ebd.: 85 und 205). Im Zusammenbruch der ostdeutschen Alterna-

15 2024 hat Madsack die DDV Mediengruppe (ehemals Dresdner Druck- und Verlagshaus) übernommen, die bislang Bertelsmann Investments (60 Prozent) und der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (40 Prozent) gehörte. Zu Madsack gehören so auch die *Sächsische Zeitung*, die *Morgenpost Sachsen* sowie der Online-Portale *sächsische.de* und *TAG24*. Die *Dresdner Neuesten Nachrichten* und die *Döbelner Allgemeine Zeitung* wurden im Zuge der Übernahme aus kartellrechtlichen Gründen an eine Verlegerfamilie aus Celle verkauft. Beide waren bis dahin Tochter-Unternehmen der *Leipziger Volkszeitung* und gehörten somit ebenfalls zum Madsack-Konzern.

tivpresse spiegelt sich auch der Niedergang der gesamten Bürgerbewegung in der Übergangs- und frühen Einheitszeit (vgl. Machill et al. 2010: 22). Die ökonomisch deutlich besser gestellten westdeutschen Verlage verdrängten schließlich die kleinen Initiativen im Osten.

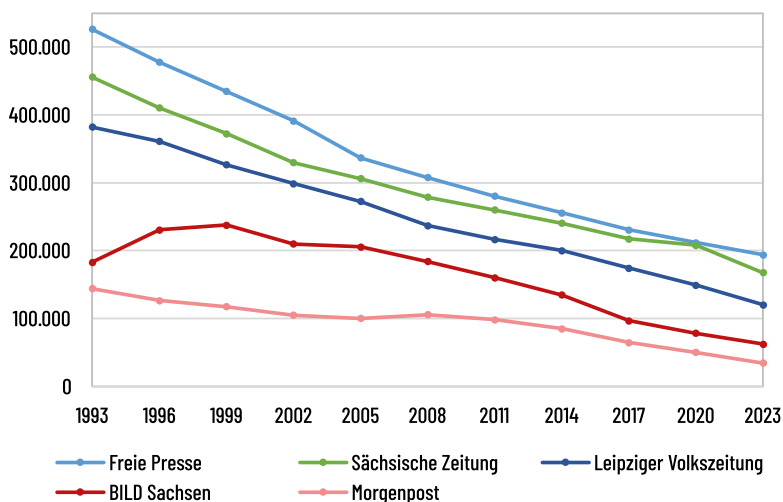
In der Folge scheiterten nahezu alle Neugründungen aus der ostdeutschen Zivilgesellschaft heraus an der westdeutschen Konkurrenz – und waren schon bald wieder zur Aufgabe gezwungen (vgl. Tröger 2019: 70–76). Bereits wenige Wochen nach dem Fall der deutsch-deutschen Grenzen hatten außerdem die vier Großverlage Heinrich Bauer, Axel Springer, Gruner + Jahr und Burda das Pressevertriebssystem der DDR und damit den begehrten neuen Absatzmarkt unter sich aufgeteilt (vgl. ebd.: 116–130). Im Effekt wurde das staatlich kontrollierte Pressesystem der DDR in die Vertriebs- und Eigentümerstrukturen der bundesdeutschen Presse integriert. Das Ergebnis ist eine hochkonzentrierte, monopolartige Presselandschaft in den neuen Ländern.

Die Zahl der publizistischen Einheiten sank in Ostdeutschland ab 1990 binnen kürzester Zeit. Die erste große Kündigungswelle bei den Abonnements folgte im Zuge der Währungsunion am 1. Juli 1990, viele Haushalte behielten nur noch die regionale Tageszeitung, die in den Zeiten des Umbruchs noch Orientierung und Identifikation bot. In großen Teilen ihres Verbreitungsgebietes sind die Regionalzeitungen daher faktisch Monopolisten. Es konnte sich kein originär ostdeutsches überregionales Leitmedium etablieren. Die überregionale westdeutsche Qualitätspresse hatte ebenfalls keine Chance (vgl. Meyen 2003: 218–219, Mükke 2021: 3 und 17, Rellecke 2002: 248). *Spiegel*, *Focus*, *Die Zeit*, *FAZ*, *Süddeutsche* oder *Die Welt* fanden kaum ostdeutsches Publikum. Zu sehr waren diese Zeitungstitel Angebote aus einem fremden Land (vgl. Jesse et al. 2014: 254–255). Eine kurze Zeit der Neugier auf diese Titel war bereits 1991 wieder vorbei und die geringe Verbreitung hält bis heute an (vgl. Mükke 2010: 253). Die überregionalen Zeitungen und Wochenmagazine sind Leitmedien der alten Bundesrepublik geblieben, denn sie haben es durch Stereotypisierung Ostdeutschlands sowie die Marginalisierung ostdeutscher Perspektiven bis heute nicht geschafft, eine wirkliche gesamtdeutsche Perspektive einzunehmen (vgl. Lasslop 2010: 194–207). So ist es auch nicht verwunderlich, dass *Süddeutsche*, *FAZ* oder *Spiegel* nur 2,5 bis 4 Prozent ihrer Gesamtauflage im Osten absetzen (vgl. Mau 2024: 58).

Eine Ausnahme bildet *Die Zeit*. Ab November 2009 erschien die Wochenzeitung mit einer mit »Zeit für Sachsen« betitelten zweiseitigen sächsischen Lokalausgabe, die in einem eigens dafür eingerichteten Korrespondenzbü-

ro in Dresden produziert wurde (vgl. Jesse et al. 2014: 255). 2013 wurde der Regionalteil in »Zeit im Osten« umbenannt, um drei Seiten ergänzt und auf weitere ostdeutsche Bundesländer ausgeweitet. 2017 zog die Redaktion mit vier angestellten Redakteurinnen und Redakteuren nach Leipzig um und unterhält damit ein eigenes regionales Redaktionsbüro im Osten – flächenmäßig ein Viertel der Bundesrepublik, in dem ein Sechstel der Bevölkerung lebt (vgl. Mükke 2021: 32). Vor allem junge, ostdeutsche Journalistinnen und Journalisten führen hier einen selbstbewussten Diskurs über Ostdeutschland – die Seiten erscheinen allerdings auch nur im Osten (vgl. Glück 2021).

Abb. 7: Durchschnittliche Auflage sächsischer Zeitungen 1993–2023



Werte des 1. Quartals des betreffenden Jahres mit allen von Montag bis Samstag erscheinenden Regionalausgaben ggf. inkl. E-Paper, eigene Berechnung und Darstellung nach Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (2024)

Die Zeitungslandschaft in Sachsen ist heute geprägt von geringer lokaler Vielfalt, in den meisten Regionen dominiert eine Zeitung den Markt. Die wichtigsten in Sachsen erscheinenden Tageszeitungen sind die *Bild* mit ihren regionalen Ausgaben, *Dresdner Neueste Nachrichten*, *Freie Presse*, *Lau-sitzer Rundschau*, *Leipziger Volkszeitung*, *Morgenpost Sachsen*, *Sächsische Zeitung*, *Serbske Nowiny*, *Torgauer Zeitung* und *Vogtland-Anzeiger* (vgl. Freistaat Sachsen 2021). Die drei großen Tageszeitungen *Freie Presse* mit Sitz in Chemnitz

(177.244 verkaufte Exemplare), *Sächsische Zeitung* mit Sitz in Dresden (148.881 verkaufte Exemplare) und die *Leipziger Volkszeitung* (107.583 verkaufte Exemplare)¹⁶ zählen zwar zu den auflagenstärksten in ganz Deutschland, allerdings gehen die Zahlen generell seit Jahren zurück – das Tageszeitungsabo, früher selbstverständlicher Bestandteil des Alltags vieler Menschen, ist heute entbehrlich (siehe Abb. 7).

Regionale und lokale Informationen werden verstärkt nur noch den kostenlosen Anzeigenblättern oder Internetquellen entnommen. Erschwerend kommt hinzu, dass immer mehr Lokalredaktionen durch wegbrechende Werbeeinnahmen, zunehmende Monopolisierung, Digitalisierung und steigende Produktionskosten aufgegeben werden. Doch Lokalzeitungen stärken die demokratische Gesellschaft, ihr Wegfall festigt populistische Parteien wie die AfD (vgl. Flößer 2024).

Radio

Im Hörfunk waren zum Ende der DDR die Sender Radio DDR I, Radio DDR II, der Berliner Rundfunk, die Stimme der DDR (bis 1971 unter dem Namen Deutschlandsender), DT64 und auf den Frequenzen von Radio DDR II von 10 bis 14 Uhr zehn Regionalsender von Radio DDR zu empfangen. Hinzu kam mit Radio Berlin International ein fremdsprachiges Programm für das Ausland. Besonders beliebt bei der Bevölkerung waren aber die »West-Sender« Deutschlandfunk, RIAS, SFB, Radio Luxemburg, Bayern 3 und NDR 2, die in Grenznähe und Ost-Berlin auch auf UKW, sonst auf Mittel- und Langwelle zu empfangen waren (vgl. Geserick 2004: 151-158).

Am 31. Dezember 1991 um Mitternacht sendete der DDR-Funk den letzten Ton, aus den zentralistischen Strukturen wurde eine föderal strukturierte Rundfunklandschaft öffentlich-rechtlicher und privater Anstalten. Zuvor war durch das vorläufige DDR-Mediengesetz der Wandel der strukturellen Bedingungen beschlossen worden. Es sollte ein staatsunabhängiges und dezentrales Rundfunksystem entstehen (vgl. Dietl 2004: 163-173). Im April 1990 wurde die Auflösung der Bezirke und die Wiedereinrichtung der Länder beschlossen und damit der Weg in ein föderalistisches Rundfunksystem geebnet. Radio DDR

16 Die Zahl der verkauften Exemplare basiert auf Daten der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (2024) und bezieht sich auf das zweite Quartal 2024.

II und der Deutschlandsender (im Februar 1990 rückbenannt von Stimme der DDR) wurden eingestellt und fusionierten zu einem neuen inhaltlich ähnlichen überregionalen Kulturprogramm mit dem Namen Deutschlandsender Kultur.

Die übrigen in Ost-Berlin angesiedelten Sender erhielten mit Ausnahme des Jugendradians DT64 einen neuen Programmauftrag zur stärkeren Profilierung. Radio DDR I wurde umbenannt zu Radio Aktuell und hatte die Funktion eines Informations- und Mantelprogramms, der Berliner Rundfunk sendete ein Unterhaltungsprogramm und Deutschlandsender Kultur ein Kulturprogramm (vgl. ebd.: 173-174). Zum 1. Juli 1990 wurden neue Landesrundfunkdirektionen eingerichtet, die nun eigenverantwortlich landesbezogene Hörfunkprogramme ausstrahlten. Für Sachsen war es das Sachsenradio, das zugleich mit dem Bayerischen Rundfunk (BR) kooperierte (vgl. ebd.: 174).

Bestimmend für den folgenden Neuordnungsprozess des ostdeutschen Rundfunksystems war die Herstellung institutioneller Gleichheit durch raschen und vollständigen Transfer der westdeutschen Rundfunkordnung. Zugleich sollte der alte DDR-Funk aufgelöst und das westdeutsche föderale System auf den Osten übertragen werden. Am 15. Oktober 1990 wurde Rudolf Mühlfenzl, vorher Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, zum Rundfunkbeauftragten der neuen Bundesländer gewählt. In dieser Funktion wickelte er die Hörfunksender der DDR sowie den Deutschen Fernsehfunk ab (vgl. Machill et al. 2010: 27-29).

Innerhalb von rund zwei Jahren wurde in Ostdeutschland die duale Rundfunkordnung mit öffentlich-rechtlichen und privat-kommerziellen Rundfunkanbietern institutionalisiert. Der Deutschlandsender Kultur wurde mit dem Deutschlandfunk und dem RIAS zum Deutschlandradio, einer ARD/ZDF-Gemeinschaftseinrichtung, verschmolzen, das populäre Jugendradio DT64¹⁷ wurde in den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) überführt, wo es unter dem Namen Sputnik weitersendete, dem Berliner Rundfunk wurde eine terrestrische Frequenz zugeteilt und er konnte privatwirtschaftlich organisiert sein. Das Programm in der Berliner Region fortführen (vgl. Dietl 2004: 180). Der MDR wurde am 30. Mai 1991 mit der Unterzeichnung eines Staatsvertrages zwischen

17 Für den Erhalt des überaus beliebten Senders DT64 kämpften in vielen Städten Ostdeutschlands spontan gegründete »DT64-Freundeskreise«, allein in Dresden demonstrierten im Dezember 1991 mehr als 10.000 Menschen für den Erhalt der Sendelizenzen (vgl. Hilker 2020). Dass diese größte Jugendbewegung der 1990er Jahre in Ostdeutschland an der westdeutsch dominierten Medienpolitik scheiterte, hat sicher ihr Übriges zur politischen Unzufriedenheit beigetragen.

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gegründet. Eine noch größere Anstalt, etwa ein gemeinsamer Sender für alle ostdeutschen Bundesländer, war u. a. vom sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf abgelehnt worden (vgl. Jesse et al. 2014: 255). Am 1. Januar 1992 existierte der DDR-Funk nicht mehr, die neuen ARD-Anstalten MDR und ORB nahmen ihren Sendebetrieb auf.

Der MDR, als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) und in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts, ist die Landesrundfunkanstalt von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Er wurde genau nach dem Vorbild der ARD-Anstalten in der alten Bundesrepublik aufgebaut. Zum ersten Intendanten wurde der Hörfunkdirektor der Bayerischen Rundfunks, Udo Reiter, gewählt. Der MDR ist die größte der ARD-Anstalten in den neuen Bundesländern, hat seine Zentrale in Leipzig, mit Funkhäusern in Dresden, Erfurt und Magdeburg und der MDR-Hörfunkzentrale in Halle (Saale). Mit MDR Sachsen – Das Sachsenradio verbreitet der Sender ein Landesprogramm speziell für Sachsen, das 2024 mit 1,8 Millionen Menschen den größten Hörerkreis aufwies (vgl. ARD Media 2024). Gesendet wird das Programm aus dem Hauptregionalstudio im Landesfunkhaus Sachsen in Dresden. Darüber hinaus produziert der MDR in Zusammenarbeit mit dem rbb auch ein Radioprogramm in sorbischer Sprache. Das sorbische Programm sendet nicht ganztägig, sondern nur einige Stunden am Tag. Die Sendungen in obersorbischer Sprache im Serbski Rozhlós (deutsch Sorbischer Rundfunk) kommen aus dem MDR-Studio in Bautzen.

Zusätzlich können im Freistaat die überregionalen Programme des MDR über UKW, auf digitalem Weg und teilweise über DAB+ empfangen werden. Neben dem öffentlich-rechtlichen Programm des MDR werden in Sachsen über 100 verschiedene private kommerzielle und nichtkommerzielle Hörfunkprogramme von fast 60 Veranstaltern verbreitet. Dazu gehören Freie Radios (Coloradio in Dresden, Radio Blau in Leipzig, Radio T in Chemnitz), Hochschulradios in Leipzig, Dresden, Chemnitz und Mittweida sowie Privatfunk wie Hitradio RTL Sachsen, Radio PSR, R.SA oder Energy Sachsen. Nach MDR Sachsen waren Sachsen-Funkpaket¹⁸ (Hörerkreis 1,59 Millionen), Radio PSR (Hörerkreis 1,56 Millionen), MDR Jump (Hörerkreis 1,47 Millio-

18 Das Sachsen-Funkpaket umfasst alle sächsischen Lokalsender: Radio Dresden, Radio Leipzig, Radio Chemnitz, Radio Lausitz, Radio Zwickau, Radio Erzgebirge – Wir lieben das Erzgebirge! und Vogtland Radio.

nen), Hitradio RTL Sachsen (Hörerkreis 1,29 Millionen) und R.SA (Hörerkreis 1,07 Millionen), Energy Sachsen (Hörerkreis 0,97 Millionen), MDR aktuell (Hörerkreis 0,94 Millionen), sowie die bundesweiten Programme RTL – Deutschlands Hit-Radio (Hörerkreis 0,71 Millionen) und Deutschlandfunk (Hörerkreis 0,57 Millionen) 2024 die zehn reichsweitenstärksten Radioprogramme in Sachsen (vgl. ARD Media 2024).

Fernsehen

In der DDR gab es zwei Fernseh-Vollprogramme, DFF 1 ab 1956 und DFF 2 ab 1969. Mit Ausnahme der Region um Dresden und der Region Greifswald war es aber fast in der gesamten DDR möglich, West-Fernsehen zu sehen. Dies wurde ab den 1970er Jahren geduldet,¹⁹ und ab den 1980er Jahren wurde der Empfang von ARD, ZDF und den regionalen dritten Programmen dann schließlich gänzlich enttabuisiert (vgl. Lee 2003: 40-43). In bestimmten Regionen war es ab Mitte der 1980er Jahre überdies möglich, RTL, Sat.1 und RIAS-TV zu empfangen. So gehörte für weite Teile der ostdeutschen Bevölkerung die »doppelte Medienlandschaft« zum selbstverständlichen Publikumsalltag (vgl. Linke 1987).

Im Oktober 1989 übertrug das DDR-Fernsehen – unbeeindruckt von den anschwellenden Demonstrationen und der Flucht in den Westen – in großer Aufmachung die offiziellen Feiern zum 40. Jahrestag der DDR. Die Unruhen im Land wurden ausgeblendet oder verfälscht dargestellt. Doch die Ereignisse überschlugen sich schnell, das Land befand sich mitten im Umbruch, und auch im DDR-Fernsehen war der Wandel bald nicht mehr zu übersehen.

Die politische »Wende« im DDR-Fernsehen selbst wurde schließlich mit der Direktübertragung der großen Demonstration für Meinungs- und Pressefreiheit am 4. November 1989 mit einer halben Million Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz eröffnet: Zu diesem Zeitpunkt weigerte sich die Sendeleitung, die vierstündige, unangekündigte Live-Übertragung abubrechen, die 44 Prozent der Zuschauer verfolgten. Die einseitige, beschönigende »Hofberichterstattung« gehörte der Vergangenheit an, das Meinungsmonopol der SED war zerbrochen und die Anweisungen wurden nicht mehr

19 Honecker erklärte auf dem 9. Plenum des ZK der SED im Mai 1973, dass die westlichen Medien »bei uns jeder nach Belieben ein- und ausschalten kann« (Honecker 1975: 235).

befolgt – das DDR-Fernsehen hatte die Seite gewechselt und setzte sich nun tatkräftig mit der Informations- und Meinungsfreiheit auseinander.

Die Programmplanung und der Sendeablauf im DDR-Fernsehen verliefen ab Ende 1989 durch die im Umbruch befindlichen Verhältnisse spontan und konfus, aber bereits in der ersten Jahreshälfte 1990 bildeten sich geregelte Formen und Strukturen heraus. Mit dem 3. Oktober 1990 begann auch die Integration des Fernsehens der DDR in das bundesdeutsche Fernsehsystem. Der Erhalt als eigenständige Anstalt war vorrangig erklärtes Ziel, doch die Ratifizierung des Rundfunküberleitungsgesetzes, kurz vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990, bedeutete den Anfang vom Ende des Deutschen Fernsehfunks. Nach Artikel 36 des Einigungsvertrags wurde der Rundfunk der DDR zum 31. Dezember 1991 aufgelöst und in die Hoheit der neugebildeten Länder überführt. Ohne das Wissen und das Personal aus den alten Bundesländern, nach dessen Blaupause das alles geschah, wäre eine so schneller Umbildung nicht möglich gewesen. Maßgeblich unterstützte der Bayerische Rundfunk den Aufbauprozess des MDR-Fernsehens (vgl. Mücke 2021: 21).

Nach knapp 40-jähriger Geschichte beschloss das Silvesterprogramm 1991 die Chronik des DDR-Fernsehens. Letztlich schuf Brandenburg mit dem Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) eine eigene Rundfunkanstalt, die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gründeten gemeinsam die Dreiländeranstalt des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) mit jeweils entsprechendem Regionalprogramm, Mecklenburg-Vorpommern schloss sich mit dem Norddeutschen Rundfunk (NDR) zusammen und Ost-Berlin mit dem Sender Freies Berlin (SFB). Parallel weitete das ZDF sein Sendegebiet auf Ostdeutschland aus (vgl. Pürer 2015: 119). Als der DFF eingestellt wurde, war er so beliebt wie niemals zuvor, denn das DDR-Fernsehen verlieh dem Osten als gesellschaftliches Integrationsmedium kurzzeitig eine Stimme in einem unüberschaubaren Wandlungsprozess. (vgl. Steinmetz & Viehoff 2008: 487-490)

Neben den nationalen Fernsehveranstaltern ARD, ZDF, Sat.1, RTL, ProSieben und Vox gingen am 1. Januar 1992 die regionalen Programme Mitteldeutscher Rundfunk (MDR) und Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg (ORB) auf Sendung. Regionale Identität, Verwurzelung und Fragen nach Zugehörigkeit und Wir-Gefühl spielen für die Ostdeutschen eine wichtige Rolle, was sicherlich einer der Gründe ist, dass die dritten Programme im Osten erfolgreicher als im Westen sind (vgl. Meyen 2003: 218). Außerdem haben

diese bewusst an Erfahrungen und Gewohnheiten der Menschen im Osten anknüpft, vor allem im Unterhaltungsbereich (vgl. Meyen 2003: 217-224, Huber 2017: 114-119). Basis des Erfolgs ist ergänzend, dass im überregionalen Fernsehprogramm der Bundesrepublik spezifisch ostdeutsche Themen wenig präsent sind. Im regionalen Programm des MDR machten und machen diese Themen einen deutlich größeren Anteil aus und die Ländermagazine sowie die Nachrichtensendung *MDR aktuell* sind auf die Interessen der Menschen vor Ort zugeschnitten (vgl. Jesse et al. 2014: 258), so für Sachsen der *Sachsenspiegel* und die sorbische Sendung *Wuhladko*.

Der MDR ist die größte ARD-Anstalt in den neuen Bundesländern und versorgt rund 8,5 Millionen Menschen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit regionalen und überregionalen Programmen, die über DVB-T, Kabel, Satellit und das Internet verbreitet werden (vgl. Mükke 2021: 20). Im Jahr 2023 erreichte der Sender täglich 2,3 Millionen Zuschauer (absolute Reichweite; vgl. Mitteldeutscher Rundfunk 2023: 30). Damit konnte das MDR-Fernsehen mit einem Marktanteil von 10,1 Prozent im Sendegebiet zum vierten Mal in Folge einen zweistelligen Marktanteil erzielen und war das meistgesehene Dritte Programm der ARD in seiner Region (vgl. ebd.: 21). Im Vergleich zu den nationalen Sendern belegt der MDR im Sendegebiet mit 10,1 Prozent Marktanteil den dritten Platz, hinter dem ZDF (13,5 Prozent) und dem Ersten (10,9 Prozent), aber vor RTL (7,4 Prozent), Vox (5,3 Prozent) und Sat.1 (4,5 Prozent) (vgl. ebd.: 30). Auch die digitalen Angebote des MDR fanden 2023 große Resonanz: Die Website verzeichnete 468 Millionen Zugriffe (vgl. ebd.: 35) und das Programm wurde in der ARD Mediathek rund 190 Millionen Mal abgerufen (vgl. ebd.: 1).

Am 1. Januar 1992 wurde die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) gegründet, die für die Regulierung der privatkommerziellen sächsischen Hörfunk- und Fernsehprogramme zuständig war und ist. Nach einem regelrechten Gründungsboom des Lokalfernsehens Anfang der 1990er Jahre mit 68 Zulassungen, verbreiten aktuell ca. 35 Veranstalter ihre Programmangebote sowohl in den Großstädten als auch in kleineren Gemeinden und Regionen (vgl. Sächsische Landesmedienanstalt 2024). Damit weist Sachsen eine der differenziertesten Lokal-TV-Landschaften Deutschlands auf und verfügt über eine lokale Versorgung, die in dieser Breite und Ortsbezogenheit in keinem anderen Bundesland zu finden ist (vgl. Kretzschmar & Steinmetz 2021). In ländlichen Gebieten sind diese Sender oftmals die Hauptinformationsquelle für lokale Geschehnisse.

Außerdem spielen sie eine wichtige Rolle für die regionale Identitätsbildung. Insgesamt schauen zwar 1,3 Millionen Sachsen lokales Fernsehen (vgl. Info GmbH 2019: 20), aber für jüngere Menschen ist das lokale Fernsehen kaum attraktiv. So gehören weniger als die Hälfte der Nutzer der Altersgruppe 14 bis 49 an (10 Prozent 14 bis 29 Jahre, 32 Prozent 30 bis 49 Jahre), 58 Prozent dagegen der Altersgruppe 50plus (vgl. ebd.: 43). Das Durchschnittsalter der Nutzer liegt bei 52 Jahren (vgl. ebd.)

Alternative Medien

In Sachsen haben alternative Medien aufgrund der besonderen politischen Landschaft und der Skepsis gegenüber den sogenannten »Mainstream-Medien« eine stärkere Resonanz als in vielen anderen Regionen Deutschlands. Die Historie des Bundeslandes mit Protestbewegungen und die spezifischen sozialen und politischen Strukturen tragen dazu bei, dass alternative Medien besonders intensiv genutzt werden. Wenngleich also die bislang aufgeführten etablierten Medien im Fokus unserer Untersuchung stehen, spielen auch alternative Medien in Sachsen eine wichtige Rolle bei der Herstellung von Öffentlichkeit. Sie bieten oft Perspektiven und Werthaltungen, die in den etablierten Medien nicht oder wenig vertreten sind, und haben eine heterogene Anhängerschaft (vgl. Stawowy & Brinkmann 2024: 7). Diese Medien umfassen eine Vielzahl von Plattformen, die unterschiedliche politische und ideologische Positionen abdecken – von linken bis zu rechten Spektren. Manche verstehen sich als »Aufdecker der Mainstream-Lügen« und arbeiten sich direkt am etablierten Journalismus ab, manche haben andere inhaltliche Schwerpunkte (vgl. Schwaiger 2022: 144–180).

Linke alternative Medien in Sachsen widmen sich häufig Themen wie sozialen Gerechtigkeitsfragen, Umweltschutz, Antifaschismus und Kapitalismuskritik, bis hin zu lokaler und globaler Politik. Sie bieten eine kritische Perspektive auf staatliche Institutionen und die etablierten Medien.²⁰ Im Freistaat gibt es auch eine Reihe von Medienplattformen, die rechtspopulistische oder rechtsextreme Positionen vertreten. Diese werden oft genutzt,

20 Zu den bekannten Projekten in Sachsen gehören beispielsweise *Straßengezwitscher* (twitter.com/streetcoverage), *Alternative Dresden News* (www.addn.me), *Sachsenwatch* (twitter.com/sachsenwatch), *Chronik LE* (chronikle.org), *Interventionistische Linke Leipzig* (interventionistische-linke.org/tags/leipzig) oder *leipzig.antifa.de* (www.inventati.org/leipzig).

um Kritik an der Einwanderungspolitik, der EU oder der Regierungs-Politik zu äußern. Solche Medien sind stark mit der Pegida-Bewegung und der AfD verbunden.²¹ Neben den klassischen Alternativmedien spielen auch soziale Netzwerke wie Facebook, YouTube, Telegram und Twitter eine zentrale Rolle bei der Verbreitung alternativer Narrative. Sächsische Rechtsextreme nutzen inzwischen vor allem Telegram, um Menschen mit verschwörungsideologischen Inhalten zu radikalisieren und für Demonstrationen oder Wahlen zu mobilisieren (vgl. Kiess & Wetzel 2024, Kiess & Wetzel 2023). Insgesamt sind alternative Medien in Sachsen ein vielschichtiges und dynamisches Phänomen, das einerseits die Möglichkeit für mehr Pluralismus im öffentlichen Diskurs schafft, andererseits aber auch die Gefahr von Desinformation und Extremismus akut vergrößert.

21 Das Magazin *Compact* gilt als eines der einflussreichsten rechtspopulistischen Medien in Deutschland und hat eine starke Anhängerschaft in Sachsen, ebenso wie die Online-Medien *PI-News* (Politically Incorrect News), *Epoch Times Deutschland*, *Ein Prozent* sowie die Wochenzeitung *Junge Freiheit*.